

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung
minus 69 nummer

(10/90)

22. Mai 1990

Preis: öS 10,—

BürgerInnenprotest gegen Drogentherapieprojekt: "Ab ins Arbeitslager ..."

Seit Wochen tobt der Streit um das geplante Drogentherapieprojekt "Ganslwirt" in der Wiener Gumpendorferstraße. Die Pläne der Gemeinde Wien, in dem ehemaligen Gasthof ein "niedrigschwelliges" Projekt für Drogensüchtige einzurichten, wo vor allem Leuten aus der Dro-

genszene vom Karlsplatz ein Ausweg aus ihrer Sucht eröffnet werden soll, finden in Bezirksvorsteher Kurt Pint (bekannt nicht zuletzt seit Aegidi/Spalo, Rosa Lila Villa, Flohmarkt,...) ihren erbittertsten Gegner. Nun ruft er die BürgerInnen auf die Barrikaden. Seite 7 bis 9

AUSSERDEM

Georg ist frei!

Der seit der Opernballdemo gefangen gehaltene Georg W. wurde am 11. Mai überraschend auf freien Fuß gesetzt. Trotzdem: Sein Prozeß steht noch aus.

Seite 5

Ingrid Strobl ist frei!

Der bundesdeutsche Bundesgerichtshof hat in einem Revisionsverfahren das Urteil wegen §129a aufgehoben. Am 9. Mai ging Ingrid frei. Ein Verfahren wegen Beihilfe droht jedoch.

Seite 5

Widerstand an den Universitäten:

Besetzung des Politologie-Institutes und Störung einer 625-Jahr-Feier auf den Seiten 10 und 11

Aussageverweigerung

Eine Textzusammenstellung der autonomen Rechtshilfe ab Seite 12

Widerstand gegen UmweltministerInnentreffen in Bergen (Norwegen)

Seite 17

Auseinandersetzungen in Südkorea

Seite 18

Impressum auf Seite 24



Antifaschistin in U-Haft!

(TATblatt-Wien; Autonome Rechtshilfe)

Seit 20.4.1990 befindet sich Tatjana Wieland in Untersuchungshaft. Die Polizei wirft ihr vor, am Abend des 20. April einen Skinhead in unmittelbarer Nähe eines Würstelstandes im Verlauf einer Auseinandersetzung mit einem Messer absichtlich am Körper schwer verletzt zu haben. Haken an der Geschichte: Der angeblich schwer verletzte Skinhead macht bereits wieder die Gegend für AntifaschistInnen und alle jene, die nicht ins etwas eingeengte Weltbild faschistischer Skinheads passen, sehr unsicher. Außerdem konnte die Tatwaffe von der Polizei nicht gefunden werden. Dieses Manko sollte jedoch sehr unbürokratisch behoben werden: Ein zum Zeitpunkt des Ereignisses ebenfalls am Ort des Geschehens anwesender Freund Tatjanas wurde verhaftet. Schließlich könnte er ja das gesuchte Messer zum

Untertauchen bewogen haben. Könnte, muß aber nicht — daher wurde er am 18.5. nach einer Haftprüfung aus dem Landesgerichtlichen Gefangenenhaus entlassen.

Tatjana aber sitzt noch immer !!!!

Da es natürlich nicht den geringsten Grund gibt, den Darstellungen der Polizei und der Skinheads Glauben zu schenken (es vielmehr tausende gibt, das genaue Gegenteil zu tun), sucht die Rechtshilfe dringend ZeugInnen des Geschehens. Sachdienliche Hinweise werden von den einschlägigen Stellen (also TATblatt und Rotstiltchen) unverzüglich der Rechtshilfe weitergeleitet!

Schreibt Tatjana massenhaft !!!

Tatjana Wieland
Landesgericht I
23 V 4489/90
Wickenburgg 18-20
A-1080 Wien

Na, dann gehts halt!

Mehr als 2000 Leute bei gesamtösterreichischer
Gegenverkehrsdemonstration

Rund hundert Verkehrsinitiativen aus ganz Österreich haben sich beteiligt, und mehr als 2000 Leute sind gekommen, zur gesamtösterreichischen Demonstration gegen den Autobahn- und Straßenbau auf der Ringstraße in Wien. »Keinen Meter mehr« war das Motto. Und wirklich: Mit der Vielfalt der Forderungen und Argumenten konfrontiert, kam der Autoverkehr flugs zum Erliegen. Ein Chaos war die Folge. Mensch und Auto verträgt sich offenbar nicht so recht.

(TATblatt-Wien)

Im ganzen Land kämpfen Initiativen, Aktions- und andere Gruppen gegen die verschiedensten Aus- oder Neubaupläne von Straßen und Autobahnen, für Verkehrsreduzierung auf bestehenden Bauten, für die Förderung des öffentlichen Verkehrs oder des Fahrrades. So aufgesplittert diese Gruppen auch sind — sowohl geographisch wie auch politisch, denn nicht jeder BürgerInneninitiative springt von selbst der Zusammenhang ihres bekämpften Straßenstücks mit der freien kapitalistischen Grundordnung ins Auge — so gemeinsam ist doch der kleinste gemeinsame Nenner: die Ablehnung der herrschenden Verkehrspolitik. Und so vermischten sich an diesem 11. Mai mühevoll auf einen Transparentspruch reduzierte Analysen der Interessen des Großkapitals, das ja nicht gerade zufällig auf den hochtechnisierten Individualverkehr setzt, mit Einpunksideen und romantischen Träumereien.

Vom Parlament ging's los, die Ringstraße entlang, bis zum für den Straßenbau zuständigen Wirtschaftsministerium (kurz vor der Urania). Eine Route, die die Behörden nicht unbedingt kalt ließ: führte sie doch auf einer der verkehrsreichsten Straßen Wiens, mitten in der Stoßzeit und noch dazu gegen die Einbahn. Zu allem Überfluß wollten die DemonstrantInnen auch noch alle soviel Platz einnehmen, wie sie benötigen würden, wenn sie die Route, wie es sich für brave StaatsbürgerInnen gehören täte, im Auto zurücklegen würden: Es wurde in 5 Metern losgegangen, was einen gewaltigen Rückstau innerhalb der Demonstration bewirkte, und die Länge des Demonstrationszuges fast bis ins Endlose steigerte. Gerade die Fünf-Meter-Abstände störten die Behörden allerdings nur wenig — ganz im Gegenteil: Konnte sie doch ein Stapo-Filmer mühelos dazu benützen, die Archive um tausende AktivistInnen aus hundert Initiativen, zu bereichern.

Auf weniger als dem halben Weg war dann aber vorerst mal Schluß. Bei der Oper sollte der Demo-Zug in die Kärntnerstraße umgeleitet werden. Denn schließlich ist ja Stoßzeit, und so viel Verkehr, da könne man ja nicht, und frau schon gar nicht. Ein klein wenig Vorgeschichte: Bei der Anmeldung der Demonstration wurde gedroht, wenn die Route nicht gemäß der Polizeiwünsche umgeändert werde, wird die ganze Demo untersagt. Die AnmelderInnen "lenkten" ein, und so kam es, daß rein

rechtlich, die Polizei gar nicht so unrecht hatte, mit ihren Aufforderungen, daß die Demo in die Kärntnerstraße einbiegen solle. Doch nicht nicht nur, daß mehr als doppelt soviel Leute, wie erwartet, gekommen sind, es sprachen auch ganz prinzipielle Gründe dagegen, das jetzt wirklich so handzuhaben. Also wurde versucht, mit der Polizei zu diskutieren. Ein Unterfangen, was zwar prinzipiell nicht so erfolgversprechend ist; aber nachdem während der Diskussionen die Demo nötgedrungen zum Stillstand kommen mußte, und jetzt auch noch, neben der Ringstraße die Opernkreuzung lahmgelegt war, gab es da ganz brauchbare Druckmittel. Also gab der Behördenvertreter — der berühmt-berüchtigte Magister Gert Zander — schließlich nach: »Dann geht's halt!«

Jetzt war die Sache aber so, daß infolge der Verkehrsbehinderungen, sich mittlerweile ein schier grenzenloser Verkehrsstau gebildet hat, die Polizei nicht viel Anstalten machte, die, die Ringstraße blockierenden Autos abzuleiten, und dabei eigentlich ohnehin hätte scheitern müssen. Obendrein wollte auch keineR mehr länger warten, und so kam es, wie es kommen mußte: Am Schwarzenbergplatz platzte die Gegenverkehrslawine mitten in die normale Verkehrslawine, was ein undurchschaubares Durcheinander zu Folge hatte, in dem freilich auch die obligaten Mannschaftswagen der sogenannten Sicherheitswache nicht fehlen durften, die sofort mit Blaulicht und Folgeton heranrasten, in die Kreuzung hineindonnerten, und dem Chaos somit den letzten Schliß verleihen. Die hauptsächlich Demo-unerfahrenen



Leute ließen sich von der polizeilichen Machtdemonstration — die Helme und Schlagstöcke waren hinter den Fenstern der Polizeibusse übrigens auch ganz gut plazierte — nur wenig beeindrucken und schlängelten sich fortan zwischen den stauenden, schimpfenden, hupenden Autos hindurch.

Bis fast zum Wirtschaftsministerium verlief dann die Demonstration in Schlangenlinien zwischen den Autos hindurch. Wiederholte Versuche der Polizei, den Verkehr mitten durch die Demonstration nun doch noch abzuleiten, erfreuten sich reger Behinderung. Unzählige Diskussionen und Streitereien waren die Folge. Gelegentliche Drohungen bezüglich Festnahmen wurden nicht wahrgemacht.

Ein musikalischer Abschluß vor dem Ministerium legte den Verkehr schlußendlich noch bis 19 Uhr lahm. Dann war endlich alles beim Alten. Die Welt war wieder in Ordnung. Fürs erste einmal. Doch: jeden Donnerstag um 18 Uhr trifft sich im WUK (Wien 9, Währingerstraße 59) im Raum des Umweltschutzkoordinationsbüros eine Aktionsgruppe, die weitere Aktionen vorbereiten und durchführen möchte. Alle, die sich daran beteiligen wollen, sind herzlichst eingeladen, ja aufgefordert, hinzukommen. ●



Kampf der Giganten

(TATblatt Linz; Linzer Antifas)

Wieder einmal war der Linzer Hauptplatz Mittelpunkt des Geschehens. Nachdem am 2. Mai 1990 um ca. 1 Uhr Früh etwa 25-30 Hooligans eine Gruppe von 15 Rockers, die auf die letzte Bim warteten, mit Eisenstangen und genagelten Holzlatten angriffen und einen Rocker krankhausreif geprügelt hatten, wollten

sich die Rocker revanchieren.

Zu diesem Zwecke trafen sie sich Samstags, den 6. Mai am Urfahrner Markt (in Linz), Die Hools rotteten sich am Hauptplatz zusammen. Wegen des großen Polizeiaufgebots getrauten sie sich jedoch nicht nach Urfahr.

Also ergriffen die 200 bis 300 Rocker die Initiative und marschierten in Richtung

Hauptplatz, um die 150 bis 200 Hooligans zur Ordnung zu rufen (Huhu, Ordnung bitte; Anm TATblatt Wien).

Zu größeren Auseinandersetzungen kam es jedoch nicht, da von den etwa 30 Polizisten 25 bei den Rockern und nur 5 bei den Hools standen. Noch nicht einmal am Hauptplatz richtig angekommen, wurden schon die Rocker von der Polizei eingekesselt und die ersten festgenommen. Die Hools jedoch genossen uneingeschränkte Bewegungsfreiheit, die sie zum Abschießen von Leuchtschurmunition auf Rocker und ebenfalls anwesende Antifas nutzten. Nachdem ein Antifa von einer Leuchtrakete getroffen worden war, versuchte er, auf Hools loszugehen. 5 Polizisten stoppten ihn jedoch sehr schnell und zerrten ihn in den Arrestantenwagen.

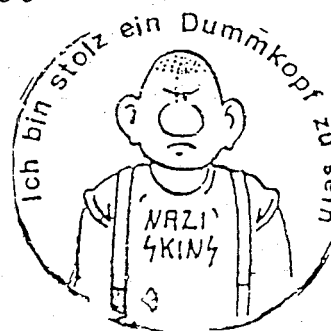
Auf die Leuchtraketen reagierte die Polizei locker mit den Worten: "WAS GEHT UNS DAS AN?"

Resümee: 14 Festgenommene; darunter weit mehr Antifas und Rocker als Hools; eine verletzte Rockerfrau.

Unter den Festgenommenen Hools war einer ihrer "Oberführer", Kurt Schweiger.

Bereits am Nachmittag war einer von uns in der Innenstadt festgenommen worden. Vorwand: er soll zuvor einen Polizisten tätlich angegriffen haben.

Auf der Polizei rannte der dann "mehrmals gegen den Kasten". ●



Bundesheer-Angelobung in Linz

(TATblatt Linz)

Am 11. Mai 1990 veranstaltete das Bundesheer am Linzer Hauptplatz eine Angelobungsfeier für/von 1100 "Jungmännern".

Bereits am Nachmittag zuvor hatten Hooligans unter den Augen von ca. 30 Polizisten (darunter auch Militärpolizei) einen Jungkommunisten und AnarchistInnen provoziert und verprügelt. Doch weder Militärpolizei noch "Sicherheitswache" fühlte sich zuständig: sie sahen nichts, hörten nichts.... Erst als einige von uns zur Gegenoffensive übergingen, griff das beamtete Personal ein.

Hooligans" mit Trillerpfeifen

Störaktion bei Angelobung

Ungebetene Gäste marschierten bei einer Großange lobung von 1100 Grundwehrdienern Freitag abend am Linzer Hauptplatz ein: 25 „Hooligans“ nahmen in der Fußgängerzone Aufstellung und wollten sich transparenteschwingend durch die 2000 Zuschauer drängen. Die Polizei fing den Trupp ab und nahm zwei Männer und ein Mädchen vorübergehend fest, nach Ende des Festaktes mußten die Soldaten unter Polizeischutz abmarschieren.

Mit schrillen Pfiffen aus Trillerpfeifen und Anti-Bundesheer-Sprechchören sollte die unangemeldete Demonstration die feierliche Angelobung im Rahmen des Jubiläums „500 Jahre Landeshauptstadt Linz“ stören, die Ehrengäste konnten aber unbehelligt die Front abschreiten. Die drei Festgenommenen wurden mit Ordnungsstrafen belegt und nach der Angelobung an die Luft gesetzt.

Vor einem zentral gelegenen Lokal war der Treffpunkt der BundesheergegnerInnen. Mit Transparenten marschierten wir nach Beginn der Veranstaltung auf das Geschehen zu. Doch noch bevor wir unser Vorhaben realisieren konnten, erteilte uns das Schicksal in Form uniformierter Männer.

Im Verlauf dieser Aktion gingen "alte" und "junge" Nazis zum Teil gewalttätig auf uns los. Unter lautem Protest und einem Pfeifkonzert wurden wir von der Polizei in einen Hauseingang getrieben, während die Hools wieder einmal freie Bahn hatten und wiederholt Provokationen setzten.

Als einige anfangen, die "Internationale" zu singen, erteilte uns die Polizei ein "Sprech- und Singverbot". Wenig später wurden 3 AntimilitaristInnen festgenommen, die anderen BundesheergegnerInnen wurden bis zur Beendigung der "Veranstaltung" in dem Hauseingang festgehalten.

Die Festgenommenen wurden gegen 22 Uhr (Ende der Angelobung) entlassen. ●

links:

Ausschnitt aus dem Kurier vom 13. Mai.

DDR:

Polizei und FDJ schützten Naziopfer vor Selbstverteidigung

(telegraph)

In Dresden organisierte die FDJ am 18.4. ein Konzert mit der westdeutschen Gruppe "Abstürzende Brieffauben" und anderen. Im Konzertsaal waren 4000 BesucherInnen. Die Mitglieder der Gruppe "Einstürzende Neubauten" ermutigten die BesucherInnen, falls vor dem Saal Faschisten auftauchen sollten, daß alle 4000 BesucherInnen sofort rausstürmen und die Faschisten verjagen sollten.

Während des Konzerts zogen dann 300 Faschisten vor den Saal. Sofort bildeten plötzlich "FDJ-Ordnungskräfte" (zahlen-

mäßig stark vertreten) eine nichtpassierbare Kette im Saal vor den Ausgängen und ließen die BesucherInnen nicht raus. Vor dem Saal zogen Polizeieinheiten auf und unterstützten die "FDJ-Ordnungskräfte" von außen.

Währenddessen warfen die Faschisten Steine und Molotow-Cocktails durch die Fenster in den Saal. Unter den im Saal gefangenen BesucherInnen brach Panik aus, es kam zu Verletzungen und Verbrennungen.

Die Faschisten konnten in Ruhe wieder abziehen. ●

Offener Brief an die KPÖ

Wien, am 15.5.1990

Liebe Susanne Sohn!

Lieber Walter Silbermayer!

Prinzipiell ist es sicher zu begrüßen, wenn die KPÖ jetzt, in der "Phase der Erneuerung", eine Öffnung hin zu Linken und — wie wir hoffen — auch hin zur radikalen Linken vollzieht. Wenn wir auch nicht glauben, daß sich ein "Linkes Bündnis" noch rechtzeitig zu diesen Wahlen aus dem Boden stampfen läßt, so könnte diese neue Orientierung der KPÖ doch einen Schritt in die richtige Richtung bedeuten.

Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, daß es für ein derartiges Bündnis ernsthafte Hindernisse gibt, und zwar auf Seiten der KPÖ. In einer Zeit, in der Staat und Reaktion verstärkt gegen unsere ausländischen KollegInnen und GenossInnen mobilisieren, duldet, ja fördert die KPÖ unverhohlenen chauvinistische bis rassistische Strömungen in ihren Reihen.

- So bringen die KPÖ-eigenen niederösterreichischen "Ring"-Zeitungen seit geraumer Zeit rassistische Hetzartikel gegen die InsassInnen des Flüchtlingslagers Traiskirchen. Hört der proletarische Internationalismus auf, wenn es gegen AsylwerberInnen geht?

- Trotz wiederholter Proteste der linken Öffentlichkeit (wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Flugblätter der IGARA) erschien zB. in der Nr. 14/1990 ein Hetzartikel mit dem bezeichnenden Titel "Hassan hat 23 Kinder". Worin unterscheiden sich solche Sauereien von der Phraseologie eines Jörg Haider oder Staberl?

- Die in der Badner Rundschau zitierten Äußerungen Eures Traiskirchner Gemeinderates Schauderer strotzen nur so vor lauter Ausländerfeindlichkeit und Anpassung an den herrschenden Krone/Kurier/Löschner/Haider-Trend. Wie verträgt sich das mit einer kommunistischen Partei, die immerhin in ihrem Programm für Internationalismus und Völkerverständigung eintritt?

- Unseren Informationen zufolge sitzt der ominöse Schauderer auch, zusammen mit FPlern und Schlimmerem, in einer ominösen Bürgerinitiative gegen das Flüchtlingslager. Wie kann man als Partei einerseits Haider verteufeln und andererseits mit seinen lokalen Champions gemeinsame Sache machen?

- Auch in der Volksstimme werden immer wieder Leserbriefe mit chauvinistischem Grundtenor abgedruckt. Seit wann ist es Aufgabe einer "linken Tageszeitung", ausländerfeindlichen Äußerungen auch eine Diskussionstribüne zu geben, statt solche Tendenzen, die in der WAZ-Presse genug Raum finden, entschieden zu bekämpfen?

Liebe Susanne Sohn!

Lieber Walter Silbermayer!

Erneuerung der KPÖ, Zusammenge-

hen der Linken, Linkes Bündnis, das kann doch wohl nicht so verstanden werden, daß unsere ausländischen KollegInnen und GenossInnen (nicht nur angesichts des Kräfteverhältnisses unverzichtbarer Bestandteil jedes wirklichen Bündnisses) gezwungen wären, mit populistisch angehauchten Rassisten Marke Schauderer oder den "Methode WAZ"-Schmierern vom niederösterreichischen Zeitungsring zusammenzuarbeiten. Es darf doch nicht wahr sein, daß ausgerechnet Kommunisten Menschen diskriminieren, nur weil die "anders" sind oder aussehen. Und diese Partei beruft sich auf Marx und Lenin, auf eine revolutionäre Klassenbewegung, deren oberstes Prinzip immer lautete und lauten wird (allen Schauderern zum Trotz): Die Arbeiter haben kein Vaterland!

Wir fordern Euch auf:

- das unterträgliche Geschmiere in den "Ring"-Zeitschriften abzustellen; und
- einen klaren Trennstrich zu Personen und Strömungen innerhalb Eurer Partei zu ziehen, die direkt oder indirekt

rassistischen, chauvinistischen und rechts-populistischen Strömungen Vorschub leisten.

Eine klare Stellungnahme der KPÖ-Führung tut not!

Unterzeichnende

in alphabetischer Reihenfolge; Organisationszugehörigkeit nur zum Zwecke der Identifikation

Ali Riza Blutas, Konföderation der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei in Österreich — ATIGF; Dr. Erich Dimitz, Sozialwissenschaftler; Peter C. Dvorsky, Arge Jugendzentren und Initiativgruppe; Beate Firlinger, Journalistin; Astrid Kasparek, Journalistin, KPÖ Wien 1; Karin Köppl, Malerin; Rudo Prager, Rosa Lila Villa; Wolfgang Purtscheller, Autor, Hausgemeinschaft Aegidi/Spalo; Brigitte Ratzer, Frauenreferentin HTU; Alaattin Sahan, Korrespondent Yeni Demokrasi; Angelika Schaller, Studentin; Waldemar Stempkowski, Journalist; Michael Völker, Journalist; •

AusländerInnenfeindlichkeit:

Ist die "Wochenpresse" rassistisch?

In ihrer jüngsten Ausgabe schlagzeilt die Wochenpresse auf der Titelseite: "Sind Ausländer kriminell?" Die dazugehörige Story: "Erst das Fressen, dann die Moral". In Phantombildern des Fahndungsbüros der Wiener Sicherheitsdirektion sehen die Autoren, **Herbert Hacker und Christian May**, die passende Illustration.

(TATblatt-Wien)

Zwar werden ein paar nichtssagende Zahlen aus der Polizeistatistik mit einem Rahmenwerk an differenzierter, womöglich "kritischer" Auslegung umkleidet, wird Verständnis für die "sogenannte 'Armuts-kriminalität'" gezeigt (Lingens im Kommentar zur Titelseite). Längst bekannten Tatsachen wird — selten genug — ihr ausländerInnenfeindlicher Charakter attestiert. Dem Ganzen wird dann eine undifferenzierte Volksseele gegenübergestellt, soziale Phänomene wie unkontrollierbare Naturgewalten dargestellt: "kein Ende" nehmende "Drohbriefe und Proteste", eine "Inflation an pauschalen Verdächtigungen".

Das, was Lingens in seinem Kommentar fordert, passiert hingegen nicht: "Mit all dem können wir nur fertigwerden, indem die Bevölkerung über psychologische und soziale Zusammenhänge aufgeklärt wird." Sagt der intellektuell-kritische Standpunkt, eine dezidierte Verurteilung rassistischer Standpunkte findet in dessen bürgerlicher Ethik allerdings keinen Platz.

Dafür wird halt so nebenbei das eigene Weltbild mitverkauft: "Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um sich auszumalen, was in einem Rumänen vorgeht, der aus einem Land kommt, in dem jede Nacht der Strom abgesperrt wurde, und der nun vor den Wühltischen eines Einkaufszen-

trums steht." Aber vielleicht hat Lingens mehr Phantasie als ich.

Und so nebenbei mutiert eben auch die "AusländerInnenfeindlichkeit" zum "Fremdenhaß". In diesen Zusammenhang paßt auch ein Artikel von Wendelin Ettmayer — Ettmayer wird übrigens auch von der "Wochenpresse" zitiert — mit dem Titel: "Verbrechen: Gene oder Milieu"¹. Wenn erst einmal die Abstammung als gesellschaftlicher "Stör"faktor identifiziert ist, ist das KZ nicht mehr weit.

Aber nicht nur die Rechten wissen, was Populismus ist. In den letzten Monaten haben sich zum sensibilisierten Thema Rassismus zwar viele Personen und Gruppen geäußert, konkrete antirassistische Arbeit beschränkt sich aber auf einen kleinen Personenkreis. Konkret frage ich mich auch, was es politisch weiterbringen soll, wenn im nebenstehenden Offenen Brief von "Sauereien" die Rede ist, oder ob die KP Haider denn nicht verteufeln soll. • Alle Zitate sind aus der Wochenpresse Nr. 20/1990 vom 18. Mai 1990

Übrigens wurde in den letzten Wochen in der BRD das Ausländergesetz im Bundestag durch die sozialpartnerschaftlichen Gremien geschleust. Wir haben das auch sehr wohl mitbekommen, aber den entsprechenden Beitrag verschlamps. •

¹ Wiener Zeitung vom 27. April 1990

Endlich: Freiheit für Georg (Jabadabaduuuuu) !

Am Freitag dem 11. Mai wurde Georg Wendel, in Haft seit der Demonstration gegen den Opernball vom 22.2. dieses Jahres, endlich aus dem Landesgerichtlichen Gefangenenhaus Wien entlassen. Georg hatte sich bis zuletzt geweigert, vor Gericht Aussagen zur Anklage zu machen (Georgs Erklärung vor Gericht haben wir in der letzten Ausgabe des TATblatts -70 abgedruckt).

(TATblatt Wien, Rechtshilfe)

Die Möglichkeit einer Freilassung Georgs gegen Hinterlegung einer Kaution hatte Richter Kahler nach der ersten (und bisher einzigen) Verhandlung bereits angedeutet. Die tatsächlichen Umstände der Enthaltung sind dennoch überraschend: Georg muß sich zur Verfügung des Gerichtes halten, sonst nichts. Keine Kaution, Keine Sicherstellung der Reisedokumente,.....das alles, obwohl Georg bis heute jede Aussage verweigert hat.

Hat der Richter plötzlich Zweifel an der Polizeikonstruktion (siehe TATblatt -72) oder an der Sinnhaftigkeit der gegen Georg verhängten Erpressungshaft be-

kommen? Wir wissen nicht.....

Wir wissen nur eins:

Keine Zusammenarbeit mit Polizei und Justiz — Aussageverweigerung !

Nachtrag: Der folgende Beitrag stammt aus einem Flugblatt der Rechtshilfe, aus welchem auch bereits der Beitrag vom letzten Mal stammt:

Das Thema:

Plünderungen und der Billa-Konzern

Plünderungen sind ein Mittel der Ausbeuteten, sich das zu nehmen, was sie zum Überleben brauchen und was ihnen

sowieso gehört. Plünderungen sind nichts Außergewöhnliches, in der sog. Dritten Welt werden tagtäglich Geschäfte enteignet.

Die Justiz ist dazu da, die Besitzenden zu schützen, in unserem Fall den Billa-Konzern bzw. Hr. Wlaschek.

Billa heißt auf der einen Seite eine Umsatzsteigerung des Konzerns von 10-15% jährlich in den letzten 10 Jahren (Umsatz 1989 öS 23,5 Milliarden), auf der anderen Seite werden Überstunden nur in Filialen bezahlt, die eine bestimmte Umsatzhöhe erreichen. Das bedeutet, daß zum Teil 2/3 der Arbeitszeit nicht bezahlt werden!

Auf der einen Seite eröffnet der Konzern jedes Jahr 60-70 neue Filialen, auf der anderen Seite müssen Frauen als Kassierinnen, Verkäuferinnen, Lagerarbeiterinnen und Putzfrauen für öS 2.000 bis 6.000 arbeiten, was zum Teil unter dem ohnehin miesen Kollektivvertrag liegt.

Auf der einen Seite plant Billa die Expansion in die CSFR, auf der anderen Seite sind die Menschen dort aufgrund des niedrigeren Lohnniveaus und fehlender Arbeitsschutzgesetze noch besser ausbeutbar als hier.

Zum Billa-Konzern gehören: Billa, Merkur, Mondo, Bipa, Litega, Libro, Klepp, Emma, Up to date, Schokothek und Fleischfabrik Johann Andert.

Die Rechtshilfe braucht — wie immer — Kohle !

Rückt sie 'rüber !!!!

CA-BV 144404522/00; Kennwort "Rechtshilfe"

Endlich:

Freiheit für Ingrid Strobl!!!

(TATblatt Wien, Solidaritätskomitee Ingrid Strobl)

Allen, die es noch immer nicht glauben können: Es stimmt!

Am Mittwoch dem 9.5.1990 gegen 19 Uhr (übrigens der 14. Jahrestag der Ermordung Ulrike Meinhofs) wurde Ingrid Strobl überraschend aus der Haft entlassen. Die Freilassung Strobls war notwendig geworden, nachdem der bundesdeutsche Bundesgerichtshof (BGH; entspricht im wesentlichen dem österreichischen Obersten Gerichtshof) im Revisionsverfahren (=Berufungsverfahren) das Urteil nach § 129a StG der BRD (Mitgliedschaft, Unterstützung bzw. Werbung für eine "terroristische Vereinigung") aufgehoben hatte. Besonders überrascht hat dabei der Umstand, daß erstmals ein Urteil aus einem § 129a Verfahren nicht bloß aus formellen Gründen (etwa schwerwiegende Verfahrensmängel), sondern auch aus inhaltlichen Gründen aufgehoben wurde. Zur Erinnerung: Ingrid Strobl war am 19. Dezember 1987 nach monatelanger Überwachung durch die Polizei festgenommen worden. Nach Meinung (oder Wunschdenken) der BRD-Behörden soll sie einen Wecker gekauft haben, der 1986 bei einer Aktion der "Roten Zora" für die zeitgerechte Detonation eines Sprengkörpers vor einem Lufthansabüro (Nutznießerin und daher Förderin des Sextourismus) gesorgt hatte. Nur beweisen konnte die Bundesanwaltschaft der BRD diesen Vorhalt nie.

Dennoch wurde Ingrid Strobl im Frühsommer 1989 zu 5 Jahren Haft verurteilt. Nachdem das Urteil nun auch aus inhaltlichen Gründen aufgehoben wurde (d.h.,

daß selbst die Höchststrichter die bundesanwaltschaftliche Version des "terroristischen Weckerkaufs" nicht ganz glauben konnten, obwohl sie sich, wie mensch aus anderen, sehr ähnlichen Verfahren weiß, immer sehr redlich bemühen, BRD-Recht mit Gerechtigkeit zu verwechseln), ist eine neuerliche Verurteilung Strobls gem. § 129a nicht mehr möglich. Stattdessen scheint sich ein Verfahren wegen "Beihilfe zur Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags" abzuzeichnen, in dem Ingrid zu genau jenen zweieinhalb Jahren Haft verurteilt werden könnte, die sie bis 9. Mai 1990 hatte in Isolation verbringen müssen. •



**Der Knast — muß weg!
Die Gefangenen — müssen raus!
Und Freiheit — muß her!**

Frauendemo zur Schwarzau

(n; Arbeitskreis Schwarzau)

Am Samstag, dem 5. Mai fand die alljährliche Frauendemo zum Frauenhäftn in der Schwarzau statt.

Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden, der Freiluftknast mit mobilen Polizeieinheiten, in dem wir leben, schlägt zu. Eine Falle, die immer offen steht: keine Kohle zu haben ist strafbar, Laddendiebstahl, Eigentumsdelikte, die Anlässe zur Wegsperrung sind genauso dubios wie die Haftbedingungen:

"Seit einigen Jahren besteht auch der dringende Verdacht, daß mit den Frauen medizinische Experimente durchgeführt werden. Bei jeder inhaftierten Frau wird bei Strafantritt ein Krebsabstrich vorgenommen. Seit einigen Jahren wird bei 80% der Frauen, die unter 30 sind, der Verdacht auf Krebs geäußert und sie in der Folge ins Spital zu einer Gewebeprobe, die unter Narkose durchgeführt wird, ausgeführt. Bei keiner der betroffenen Frauen bestätigte sich dann der geäußerte Verdacht."

Ghetto Frauenknast Schwarzau, es lebe die Natur!

"Die drei Mahlzeiten für eine inhaftierte Frau kosten pro Tag max. öS 27.- (für einen Polizeihund wird mehr zur Verfügung gestellt...). Weiters bekommen die Frauen weniger Kalorien als die inhaftierten Männer. Die Kost ist geschmacklos, einfallslos und vitaminarm. In der Folge kommt es zu gesundheitlichen Schäden wie Zahnausfall, Gewichtsabnahme und Mangelerkrankungen. Fleisch gibt es nur einmal die Woche, das frische Gemüse aus der angeschlossenen Landwirtschaft bleibt den Wachteln vorbehalten."

Mauern und Stacheldraht und modernste Mittel der elektronischen Überwachung sind nicht genug. Das Patriarchat verpaßt auch im Häftn den Lesben noch einmal eine Sonderbehandlung, drinnen und draußen wird versucht, lesbische Liebe mit allen Mitteln zu unterdrücken. Verhängt wird bei "lesbischen Kontakten" das "Strafmittel" der Korrektur (Bunker). Die Zeit, die die Frau im Bunker absitzt, muß nicht auf die Haftstrafe angerechnet werden. Die Entscheidung liegt in der Willkür des Anstaltsleiters und des Vollzugsgerichts.

"Die Korrektur (auch Bunker genannt) ist ein Loch, das abgesondert von den übrigen Zellen liegt und knapp 5m² groß ist. Die Wände sind mit der Beruhigungsfarbe Grün gestrichen. Waschbecken, Klo, Tisch und Bettgestell (das während des Tages an die Wand gekippt wird) nehmen so viel Platz ein, daß zwischen Bett und Waschbecken gerade ein schmaler Gang zur Verfügung steht. Die Zellentür ist durch ein inneres Zusatzgitter

doppelt gesichert. Das Fenster ist klein und mit Sicherheitsglas versehen, auch doppelt vergittert. Das macht das Loch auch ziemlich dunkel."

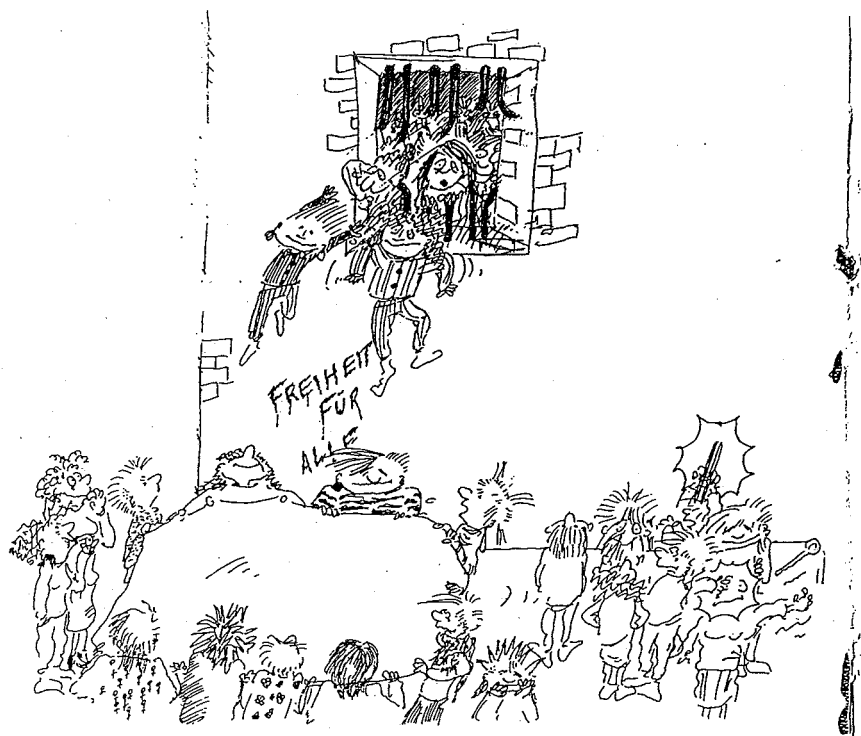
Nach dem § 129 des Strafvollzugsgesetzes ("Strafgefangene, die sich wegen psychischer Besonderheiten für den allgemeinen Strafvollzug nicht eignen sind gesondert unterzubringen") können Frauen unbefristet im Bunker interniert werden.

"Während der 'Bunkerstrafe' hat die betroffene Frau auch Einzelhofspaziergang, darf keinen Besuch erhalten, keine

meisten Gewinne der anstaltseigenen Betriebe (rd. 500.000 öS jährlich)."

Das Wachpersonal kann sich Frauen zum Hackeln mit nach Hause nehmen, praktisch ausleihen. Der Preis für diese so erniedrigte und gedemütigte Sklavin beträgt acht Schilling die Stunde — zu zahlen an die Justiz.

Die Demo zeigte hoffentlich den gefangenen Frauen, daß sie auch in dem faulen Frieden dieser ländlichen Ghettoydlle Schwarzau nicht vergessen sind. An die perverse Anstaltsleitung, der nichts blö-



Briefe schreiben oder empfangen, keine Bücher (außer der Bibel) lesen, weiters herrscht absolutes Rauchverbot."

Im Kapitalismus trägt sich der Knast nicht nur selbst sondern schlägt die Zwangsarbeit in Gewinne für den Staat um. Auch bei Arbeitsverweigerung landet Frau im Bunker. Sie muß "frauenspezifisch" hackeln, waschen, nähen, putzen, stricken — für vier Schilling die Stunde. Schafft sie den Akkord nicht wird ihr die lächerliche Kohle nicht einmal ausbezahlt.

"Besonders berüchtigt ist die sog. 'Vierwerkerstätte', wo die ungesündesten Arbeitsbedingungen herrschen, z.B. Arbeiten mit Asbest oder Klebstoff, der Dämpfe abgibt: die Frauen klagen über Kopfschmerzen und Übelkeit. Hier herrschen auch die härtesten Akkordsätze. Kein Wunder, denn hier macht die Justiz die

deres einfiel, als sich hinter die Demonstrantinnen zu stellen und ebenfalls zu winken einen zehnminütigen Würger am Hals.

**Trotz Knast, Gewalt und Psychiatrie
ihr kriegt uns Frauen nie!**
Forderungen des Arbeitskreis Schwarzau sind:

- Unbeschränkte Besuchs- und Briefkontakte
 - Keine Anwendung der Korrektur
 - Selbstbestimmte Zusammenlegung und Freizeitgruppen
 - Abschaffung des differenzierten Vollzugs
 - Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung nach eigener Wahl
 - Keine Zwangsarbeit
 - Freie Arztwahl
- (Zitate ebenfalls Arbeitskreis Schwarzau)

BürgerInnenprotest gegen Ganslwirt "Ab ins Arbeitslager"

Fortsetzung von Seite 1

(TATblatt-Wien)

Seit geraumer Zeit liegen in den Geschäften des Bezirks Petitionslisten auf. Über zehntausend Unterschriften wollen gesammelt worden sein. Die Straßen werden mit Flugzettel überschwemmt. Als vorläufigen Höhepunkt veranstaltete die "Bürgerinitiative gegen Drogenbeiß", deren Hauptaktivist gleich mal Pint selber ist, am 17.5. eine "Bürgerversammlung" am Ort des Geschehens. Verständlich, droht doch die Gefahr, der Bezirk würde "zum Abfalleimer aller Randgruppen Wiens", bzw. seien ja Drogensüchtige "nicht — wie manche behaupten — harmlos friedlich, sondern in der Drangphase nach Drogen zu allem fähig." (O-Ton Pint) Daß bei weitem nicht alle BewohnerInnen Mariahilfs auf diese

üble Stimmungsmache hereinfallen, zeigt eine Gegenkundgebung von SchülerInnen des nahe liegenden Gymnasiums in der Amerlingstraße, die zwar laut Pint und Konsorten besonders gefährdet seien, von den "Schmeißfliegen ang'steckt z'werden", die aber mit ihrem beherzten Auftreten den Ablauf der "Bürgerversammlung" empfindlich zu stören ver-



mochten. "Bürgerversammlung", darauf wurde Wert gelegt, denn demonstrieren, das würden ja nur "die da".

Begeht man/frau den Fehler das überdimensionierte Polizeiaufgebot als neutral einzuschätzen, dann belief sich das Verhältnis von GegnerInnen und BefürworterInnen letztendlich auf circa 3:2. Allerdings wurde den "Pro's" auch einiges an Mut abverlangt sich den vielleicht 300 aufgebrachten bis hysterisch jubelnden und schimpfenden "Bürgern" entgegen zu stellen.

Guten Absatz für ihre Flugblätter fanden die Faschisten der Norbert-Bürger-Initiative "Ein Herz für Inländer" in der nach Arbeitslager raunenden Meutē. Gut eineinhalb Stunden durfte die Bürger-

wehr ihre Verbalfäkalien durchs Mikro verbreiten, unterbrochen nur von erfolglosen Versuchen einiger BefürworterInnen die Menschen zum Denken zu bringen.

"We shall overcome" sangen dann die einen, während die anderen sich im Auseinandergehen noch einig waren: "Die gehören ja alle erschossen!" •

Letzte Meldung: Zwischen drei der anwesenden Neofaschisten und linken DemonstrantInnen kam es am Rande der "Bürgerversammlung" zu einem Wickel, worauf die Polizei einen linken Österreicher, einen Türken und einen zufällig am Heimweg vorbeigekommenen Jugoslawen festnahm. Am Kommissariat Kopernikusgasse kam es zu einer Gegenüberstellung der Festgenommenen mit den — freilich auf freiem Fuß befindlich gewesen — Faschisten. Dabei nahm die Polizei just zu einem Zeitpunkt, zu welchem die Faschisten es mithören mußten, die Personalien der Festgenommenen auf. Anschließend wurden sie freigelassen. Die Fascho-Ab-schußlisten sind durch Polizeihilfe wieder mal um 3 Adressen reicher. •

KOMMENTAR:

Nein, daß er nicht Bescheid wußte, das wäre eine Unterstellung. Daß es ihm an Information mangelt, ist unrichtig. Er weiß auch ganz genau, was er will, und wohin das führt. Und er betreibt es mit einer Vehemenz, die schon zu bewundern ist.

Magmensch zum Ganslwirt stehen, wie mensch (affe) will. Ob's nun eine Lösung oder eine Alibihandlung darstellt, dringend notwendig ist das Projekt auf jeden Fall. Das weiß auch

Kurt Pint, was ihn aber nicht im geringsten daran hindert, eine Sache, deren (Nicht)-Bestehen über Leben und Tod von Menschen entscheiden kann, für parteipolitisches Hick-Hack zu verwenden. Es waren keine Argumente, was da am Donnerstag aus Pint herausquoll, es war Menschenverachtung pur. In schöne Worte gekleidet, natürlich. Er macht sich die Hände nicht schmutzig. Er ist Schreibtischtäter, er bewegt nur die Hebel. "Auschwitz", "Gaskammer", "Arbeitslager", das sind nicht seine Worte. In seinem Sprachschatz findet sich kein

"olle daschiaßn". Um so mehr kann er darauf zählen, daß seine Aussagen genau so verstanden werden. Und die Meute funktioniert. Was im Kopf des Kurt Pint noch kühl kalkuliert, noch durchdacht und strategisch vorgebracht, das wird in den Köpfen der Masse zum blinden Haß.

Geweitete Augen, offene Mäuler, hysterisch Kreischende, was sich an diesem Donnerstag entladen hat, läßt Schlimmstes erahnen. Kurt Pint, davon ungeührt, steht über den Dingen. Sein Lächeln hat noch keinen Kratzer abbekommen.

Offener Brief (oder so)

An die KonsumentInnen des Rotstilzchens!

(Rotstilzchen)

Seit zwei Wochen bemühen wir uns jetzt, ein 2. BenützerInnenplenum auf die Beine zu stellen. Aber scheinbar ist niemand daran interessiert, daß das Stilz innerhalb der nächsten zwei, drei Monate (nicht) geräumt wird.

Sollen wir eure Ärsche mit der Sänfte von zu Hause abholen?

Zu zehnt haben wir keine Chance, und keine Lust unsere Kraft und Energie weiterhin in dieses Projekt zu investieren.

Bullen und Hausbesitzer haben es nicht geschafft, uns die Lust und den Spaß am Rotstilzchen zu nehmen — ihr schon! Wir haben die Konsumhaltung satt und reiben euch nichts mehr unter die Nase. Wenn sich keine Gedanken um die Gesellschaft macht, dann fragen wir uns, warum wir hier sind. Boykottiert ihr Israel,

Süd-Afrika,... auch so intensiv wie unser Plenum?

Wir diskutieren erst auf dem nächsten Plenum mit euch!

**FREITAG, 25.5.90, 19 Uhr 30,
ROTSTILZCHEN**

P.S.: Ihr werdet blöd schauen, wenn es das Rotstilzchen als Treffpunkt nicht mehr gibt — remember Sommer '87!

P.P.S: Die Berufung des Rotstilzchens gegen die Kündigung wurde von der letzten Instanz, dem Oberlandesgerichtshof für Zivilrechtssachen abgelehnt. Vom Rotstilzchen werden 14.000 Schilling Prozeßkosten (für Anwalt der klagenden Partei) eingefordert und der Räumungstermin soll noch angeblich diese Woche dem Verein bekannt gegeben werden! •

'Ganslwirt': Wiener SP-Sozialsparpolitik "contra" Mariahilfer VP-Geschäftsleute-Interessen

(Karl)

In der Gumpendorferstraße soll eine ambulante Hilfsstelle für Drogensüchtige eröffnet werden. Im ehemaligen Wirtshaus 'Ganslwirt' Ecke Esterhazygasse könnten sich hilfeschuchende Suchtkranke bei SozialarbeiterInnen und ÄrztInnen ausreden, verarzten, sich duschen und begrenzt (8 Personen) übernachten.

Im ganzen Gumpendorferstraßen-Geschäftsviertel hängen allerdings die gelben Plakate gegen Zilk und den Ganslwirt'. Eben solche Unterschriftenlisten kursieren mit des Mariahilfer VP-Bezirkvorsteher Pints 'Alternative' zum 'Ganslwirt': Getreidemarkt 2-4. Rundherum unterschreiben die Leute, gelte es doch die Kinder zu schützen und gebe es noch dazu den Getreidemarkt 2-4 - gleich in der Nähe des Karlsplatzes. Bis in die Schulen hinein geht das, wo LehrerInnen ihre SchülerInnen (bzw. deren Eltern) zur Unterschrift für Pints Kampagne drängen! Hier wird mit fast schon an Betrug grenzenden Methoden gearbeitet, wenn z.B. verschwiegen wird, daß der Getreidemarkt 2-4 bloß ein Baugrund ist; wenn ausländische Eltern unter Druck von der Schule etwas unterschreiben, was sie gar nicht verstehen!

Wie gesagt, am Getreidemarkt liegt bloß ein blanker Baugrund;

die SchülerInnen etwa des Gymnasiums Amerlingstraße fühlen sich keineswegs bedroht;

und am lautesten schreien neben dem Herrn Pint die Gumpendorfer Geschäftsleute, die angesichts drogensüchtiger Hilfesuchender vermutlich um ihre 'guten' Kunden und Einnahmen bangen.

Die bürgerliche Gesellschaft drängt ständig Menschen an den Rand ...

Es sind sehr oft Jugendliche - vorerst eigentlich aller sozialen Schichten -, die in der Familie unerwünscht, ungeliebt und/oder dann geschlagen und sexuell mißbraucht, immer mehr ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. Ein Schulsystem, das aus der Regelschule ohnehin regulär Behinderte und Ausländer in Sonderanstalten abschiebt, ist in der Folge ebenso nicht in der Lage, familiär 'verhaltensgestörte' Kinder und Jugendlichen 'aufzufangen'. Systematisch bleiben da jährlich Hunderte und jedes Jahr mehr übrig, die ihre ganzen Lebenshoffnungen lieber in der Droge als in dieser eingeeengten bürgerlichen Gesellschaft einzulösen suchen.

Sozialdemokratische Armutsverwaltung

Am Karlsplatz, in Obdachlosenheimen usw. gelandet, fallen dann natürlich vor allem die Jugendlichen aus den 'unteren'

Bevölkerungsschichten auch ins 'Loch' des sozialen Elends und der Kriminalität. Im wesentlichen ist dies in Wien ein 'Loch', das durch die sozialdemokratische Sozialpolitik gerissen wird!

Hintergrund davon ist es, daß gerade im anhaltenden österreichischen Wirt-



schaftsaufschwung der satten oberen Hälfte von Unternehmern, Angestellten und Beamten heutzutage das 'untere' Fünftel von NiedrigstlohneempfängerInnen, MindestrentnerInnen, Arbeitslosen, AusländerInnen und Obdachlosen materiell weiter verkommt.¹⁾ Die Regierungs- und Wiener Gemeindepolitik läßt die Milliarden lieber in die Subventionierungen fürs Kapital neuer Kapitalgründungen, der Ost-Joint-ventures oder Steuererleichterungen fließen.²⁾ Die sozialdemokratische Sozialhilfepolitik in Wien stellt dabei im wesentlichen "eine mehr oder weniger gut funktionierende Armutsverwaltung" (Sozialarbeiter Max Koch), kombiniert mit polizeilicher Repression dar.

Es fängt schon damit an, daß es viel zu wenige Obdachlosenheime gibt - und die liebt Zilk stramm kasernenmäßig zu führen (zuletzt in der Gänsbachergasse im 3. Bezirk). Und bislang existiert keine einzige akzeptable Anlauf- und Betreuungsstelle für Drogensüchtige...

Darüber hinaus ließ dann SP-Stadträtin Smejkal im Frühjahr 1988 ein Winter-Notquartier für Obdachlose räumen; im Vorjahr wurden zwei 'autonom' besetzte

Abbruchhäuser im 6. Bezirk gewaltsam geräumt - und Wiens Obdachlosenzahl nochmals um rund 100 erhöht uam. Polizei und neue Polizeibefugnisgesetze - das ist die zweite Karte sozialdemokratischer Politik gegenüber der sozialen Misere in Wien!

Fast schon eine bewußte Provokation...

Schon 1989 hatte die Karlsplatz-Drogenszene etliche Sozialarbeiter alarmiert. 'Freie Ambulanzen' wurden gefordert, der 'Ganslwirt' projektiert. Was jetzt folgt, grenzt eigentlich schon an bewußtes Zusammenspiel, wie sich SPÖ-Sozialsparpolitik und populistische VP-Hetzpolitik gegenseitig ergänzen. In die Phase der bis dahin im Rathaus fast schon geheim ausgefüllten Projektierung platzte Smejkal im Mai plötzlich mit der öffentlichen Mitteilung, schon bald in der Gumpendorferstraße eine Drogenambulanz zu eröffnen. Da gab es vorher keinerlei Aufklärung und ernsthafte öffentliche Diskussion im Bezirk. Schon gar nicht zu reden, von einem sozialdemokratischen Gesamtkonzept für Wien, das die Mariahilfer Einwohner mit wienweiter Aufteilung der Drogenambulanzen in jedem Bezirk 'beruhigt' hätte.

Populistische VP-Hetzpolitik im 6. Bezirk

Der reaktionäre Aufschrei im Bezirk war da unvermeidlich, so als ob Smejkal geplant hätte, sich dann auf Pint ausre-

dend, das Projekt überhaupt fallen lassen zu können und am Sozialbudget weiter 'einzusparen'. Die SPÖ machte es also den Konservativen hinter ÖVP-Bezirksvorsteher Pint ungemein leicht, "nur über seine Leiche" 'Kind und Kegel' vor dem 'Ganslwirt' zu retten. Im 6. Bezirk wurde blitzschnell eine fehl-informative und zynische Anti-'Drogenbeisl'-Kampagne gestartet, deren Organisatoren die Gumpendorfer Geschäftsleute waren und sind. Der Teufel drogensüchtiger gewalttätiger Gestalten wird an die Wand gemalt, vor denen eben die Kinder geschützt werden müßten.

Hier agiert eine soziale Milieumischung von sattem Mariahilfer Bürgertum und besorgten Arbeitereltern. Erstere fürchten um das bürgerliche Bezirks-Renommee und als Geschäftswelt um die 'noblen' Kunden.

Der massenweise Zulauf zu Pint (7.000 Unterschriften wurden bislang gesammelt) kommt allerdings von Eltern, die sich ehrlich um ihre Kinder ängstigen. Ihre Furcht vor der 'Drogenwelt' entsteht offensichtlich aus Desinformation, jedoch zutiefst unüberhörbar aus einer enormen Unsicherheit, was die gesellschaftliche und ihre eigene(!) familiäre Stabilität betrifft. Ihre Kinder als derart labil zu sehen, daß sie vom Anblick drogensüchtiger Menschen, ja auch von Dealern massiv gefährdet würden, drückt eigentlich aus, für wie labil die Eltern ihre eigenen familiären Verhältnisse einschätzen.

Und nicht zuletzt tritt heutzutage in Mariahilf ein 'alter' Effekt auf, den wir zuletzt auch in der Flüchtlingsfrage erleben mußten: Die 'oben' treten nach 'unten' - und jene, die am wenigsten zu den Privilegierten gehören, treten am fanatischsten gegen die, die noch weiter 'unten' sind! Alles in allem stellt der konservative Aufschrei in Mariahilf jedenfalls das größte Armutszeugnis dar, das der Sozial- und Bildungspolitik der SPÖ-/ÖVP-Regierung ausgestellt werden kann.

Für den 'Ganslwirt' - aber Aktionen für freie Ambulanzen in jedem Wiener Gemeindebezirk

Im 6. Bezirk tut heute allem voran eine breite fortschrittliche Kampagne gegen Pints reaktionären Populismus not! Wir wollen uns dafür zusammentun mit den SchülerInnen des Gymnasiums Amerlingstraße, mit der Hochschülerschaft der TU, den streetworkers und SozialarbeiterInnen ua.

MACHEN WIR EINE PLAKATKAMPAGNE IM 6. BEZIRK!

Ein längerfristiges Aktionsprogramm muß sich aber unweigerlich gegen die sozialdemokratische Sozialhilfepolitik in Wien wenden. Die Einrichtung

- freier Ambulanzen in jedem Wiener Bezirk;
- halbstationäre Stationen für bisher unterversorgte 'Problemgruppen';
- die Schaffung von in Wien verstreuten

Wohn- und Übernachtungsmöglichkeiten für Drogensüchtige und Obdachlose uam.

stößt natürlich zum einen auf den Karnisierungswahn der SPÖ und vor allem auf die restriktive Budgetpolitik der SP-Mays und Vranitzys.

Der Bogen für eine wirklich soziale Anti-Drogen- und Obdachlosenpolitik muß jedoch noch viel weiter gezogen werden: hin zur Jugendpolitik und zur vollen Versorgung der unterprivilegierten Bevölkerungsteile:

**Ausbau selbstbestimmter, autonomer Jugendzentren;
Demokratisierung der Schule uam.**

Es bleibt weiter aktuell: Die fortschrittlichen LehrerInnen müßten sich um diese und andere Aktionsforderungen mit SchülerInnen, Jugendlichen, ArbeiterInnen ua. zusammentun in einer kämpferischen Bewegung gegen ökonomische und soziale Misere!

1 1989 gab es die niedrigste Lohnquote seit 10 Jahren. 400.000 ArbeiterInnen verdienen weniger als 8.000S; 700.000 RenterInnen weniger als 7.000S, davon 250.000 weniger als 55434.- usw.

2 Vizekanzler Moch hatte z.B. vor kurzem angedeutet, daß bei der 2. Steuerreform 12 Milliarden Steuerentlastung fürs Kapital geben wird. ●

Von der Natur in der Kunst

Anmerkungen zu einer Festwochenausstellung

(Dieter Schrage)

Je mehr eine Sache gefährdet, dem endgültigen Untergang geweiht ist, desto stärker ist die Tendenz, daß diese Sache musealisiert wird. Seit etwa zwanzig Jahren können wir dieses Phänomen z.B. bei der Arbeiterkultur beobachten. Ausstellungen und Museen zu diesem Thema (z.B. im Ruhrgebiet, auch in Österreich) entstanden allerorts, nur eine vitale Arbeiterkultur war im Zeichen einer europaweiten "Sozialpartnerschaft" nirgends mehr auszumachen. Und früher schon, etwa seit Jahrhundertbeginn, war eine ähnliche Entwicklung der Musealisierung bei der Volkskunst zu verzeichnen.

Jetzt gibt es verdächtig viele Ausstellungen und Symposien zum Thema "Kunst und Natur". Eine Ausstellung dieser Art, und zwar eine äußerst bemerkenswerte, haben die Wiener Festwochen zusammengestellt.

"40 renommierte Künstler aus Europa, Asien, Nord- und Südamerika, sowie Australien von Joseph Beuys bis Max Weiler führen dem Ausstellungsbesucher die verschiedenen Formen poetischer, meditativer, analytischer und kritischer Auseinandersetzung mit der Natur vor Augen." So



Claudio Parmiggiani, "pan", 1985

verkündet ein Ausstellungsprospekt der Schau "Von der Natur in der Kunst", die zur Zeit im Messepalast zu sehen ist.

Hervorhebenswert ist zunächst daran, daß in dieser Ausstellung tatsächlich eine

Reihe von Künstlern aus Ländern der "3. Welt" und Australien (z.B. ein Maler aus einer Papunya-Künstlergruppe) miteinbezogen wurden. Es besteht doch in unserer Kulturszene die bornierte Tendenz, eigentlich immer nur Kunstschaffende aus Europa und Nordamerika zu berücksichtigen. Hier geht die Festwochen-Ausstellung wirklich einen wichtigen Schritt weiter. Etwas zu kurz kommt dagegen der angekündigte kritische Ansatz, die politische Dimension der weltweiten Naturgefährdung bleibt ausgeblendet. Es erhebt sich aber hier auch tatsächlich die Frage, in wie weit sind solche Aspekte mit den Mitteln der Kunst angemessen zu behandeln. Eine Führung durch die Ausstellung wird auf Fragen dieser Art und auf andere eingehen.

Führung für TATblatt-LeserInnen durch die Ausstellung "Von der Natur in der Kunst" mit Dieter Schrage am Samstag, dem 26. Mai 1990 um 14.30
Treffpunkt: Messepalast, Wien 7, Messeplatz 1 (vor dem Ausstellungseingang, Halle E)

Wien: PolitikwissenschaftlerInnen: Institutsbibliothek besetzt

Die Bibliothek des Institutes für Politikwissenschaft wurde besetzt, von uns, einer Gruppe Politikwissenschaftsstudierender, die sich mit der unerträglichen Situation an den Universitäten nicht mehr abfinden will. Am 16.5.1990 um 11.30 Uhr erfolgte diese Besetzung im Anschluß an eine Kundgebung der PolitologInnen, die eine "Große" hätte werden sollen. Wir wissen nicht, lag es an uns, die wir in jeden Hörsaal gingen, um es dort zu verlautbaren, oder lag es an der Post, die vielleicht die Fakblatt Sondernummer, (die wir extra verfaßt haben, um alle Politikwissenschaftsstudierende zu mobilisieren) nicht rechtzeitig zusandte, oder lag es an der Faulheit unserer Komilitonen und innen, die nicht gewillt sind um zehn Uhr ihren Arsch aus dem Bett zu heben, um um elf Uhr an einer Demo, die in ihrem Interesse liegen müßte, teilzunehmen.

70 Leute sind gekommen, obwohl der Grund für unsere Aktionen allen bekannt ist, und sich wohl jede/r mit unserer Kritik müßte identifizieren können.

Die Situation an der Uni und besonders am Institut für Politikwissenschaft ist beschissen! Die Studierenden werden immer mehr, das Geld, das für sie vorhanden ist, immer knapper. "Massenuniversität" nennen das die Verantwortlichen wohl. Wenn sich Politiker dazu äußern, dann aber nur, um in der Öffentlichkeit die Akzeptanz für einen Numerus Clausus, Studiengebühren oder Privatuniversitäten vorzubereiten. "Massenuniversität" sagen sie angeekelt und meinen damit, es sollen nicht alle studieren können, wo kämen wir denn da hin. Freiwillig mehr Geld herausrücken, um emanzipatorische Wissenschaft — und nur solche hätte Sinn — zu ermöglichen, wollen sie nicht. Besonders die sogenannten Gesellschaftswissenschaften vernachlässigen sie, schließlich sind da lauter Linke (was auf unsere Profs leider nicht zutrifft). Außerdem, wie soll man uns im kapitalistischen Verwertungsprozeß einbauen, latenter Risikofaktor für Aufwiegelung und Unruhe, der wir sind. Überhaupt jetzt, da das österreichische Hochschulsystem europareif gemacht werden soll, damit dann nur noch geforscht wird, was Daimler und Konsorten wünschen, und nicht was zur Emanzipation der Gesellschaft beitragen könnte.

Dauernd bejammern sie auch in ihren Sonntagsreden, daß immer mehr ihr Studium abbrechen und das Niveau sinke. Aber wen wundert's? Nur noch knapp 7 Prozent aller Studierenden erhalten ein Stipendium, das meist zum Leben zu wenig



und zum Sterben zu viel ist. Und der "Rest"? Immer mehr müssen ihr Studium durch Nebenjobs finanzieren. Wie soll da sinnvolles Studium, das nicht in stures Scheinesammeln (Zeugnisse) ausartet, möglich sein? Wessen Vater nicht reich ist, der/die muß mit erheblichen Schwierigkeiten rechnen sein/ihr Studium abschließen zu können.

Und das Niveau? Wissensvermittlung, kritische Reflexion und Diskussion in einem Hörsaal mit 300 Personen und mehr, indem das einzige was brütet, nicht der Geist sondern die Hitze ist? Unmöglich, noch dazu wo der Großteil der Vortragenden didaktisch inkompetent ist und wenig Kritik vertragen kann.

Besonders schlecht steht es für die Frauen. Zwar stellen sie mehr als 50% der Studierenden, aber Professorinnen oder bloß Assistentinnen sind rar. Und von der Frauenforschung hat anscheinend niemand etwas gehört. Frauen haben nur ihren Platz, wenn sie putzen oder Sekretärinnen sind.

Unser Institut selbst platzt aus allen Nähten. Seit drei Jahren gibt es keine Ausdehnung der Lehrveranstaltungen trotz steigender StudentInnenzahlen. Der kritisch emanzipatorische Hintergrund und Inhalt unserer Fächer liegt im Argen. Nichteinmal eine gute, auf dem letzten Stand stehende und umfangreiche Biblio-

thek gibt es. (Eine unbeteiligte Besucherin von der Straße: "San des alle Bücha, da hat ja jede WG mehr") Ein Selbstorganisieren von kritischen Inhalten ist in dieser Bibliothek nicht möglich. Das (ohnehin geringe) Budget, wird ohne Mitbestimmung der Studierenden verbraucht. Wer ein aktuelles Buch sucht, tut dies vergebens. Ein paar Klassiker und ein Haufen Schrott (z.B.: A. Mock: Der Weg der Volkspartei) ergibt keine adäquate Bibliothek. Deswegen und wegen der oben genannten Zustände besetzen wir die Bibliothek. Diese Besetzung ist nicht die erste Aktion und wird hoffentlich nicht die letzte bleiben, denn wenn wir auch nicht genau wissen, wie es weiter gehen soll, ist es uns doch klar, daß nur permanentes Vorbringen unserer Forderungen zur Aufhebung der genannten Zustände Erfolg haben kann.

Die Profs haben schon mit uns diskutiert. Sie haben nur beschwichtigt und beruhigt, gesagt, man könne nichts machen, weil kein Geld vorhanden sei und wir keine Studiengebühren zahlen. Sie könnten nichts unternehmen

gegen die Misere und wenn ein Seminar überrannt ist, na dann müsse halt gelöst werden, weil das die einzige Möglichkeit der Selektion wäre. Außerdem wäre es besser, jede/r würde selbst daraufkommen, daß er/sie nicht studiere, vielleicht im Rahmen eines Gesprächs mit den Profs. Sie würden vielleicht sogar mehr tun, aber wer setzt schon einen sicheren Posten oder seine (ihre kann entfallen — siehe oben) Beförderung aufs Spiel? So bleibt ihnen nur noch lamentieren. Diese Besetzung soll sie aufschrecken und ihnen zeigen, daß auch die Politikwissenschaftsstudierenden noch interessiert sind, ein gutes und kritisches Studium zu absolvieren, wenn es möglich wäre. Daß es möglich wird, dazu müssen wir etwas tun.

P.S. In der Nacht (von 16. auf 17. Mai, Anm.d.T.) wurden wir von dem Hausbesitzer und der Polizei besucht. Der Hausbesitzer wollte uns räumen lassen, aber der Polizei war die Rechtslage (Unigelände) nicht klar. Außerdem waren sie zu faul, um etwas zu unternehmen. So erhielten wir eine quasi-offizielle Erlaubnis zur Besetzung. So entschieden wir uns, am nächsten Tag auszuziehen.

Schluß: Reflexion

Besetzen heißt mit einem Bein in der Illegalität stehen.

Eine unüberlegte Handlung — keine Re-

625 Jahre — Nix zu feiern!

Am 7. Mai "beehrten" sich der Rektor und der Akademische Senat, zu einem Festakt anlässlich des 625-jährigen Jubiläums der Universität Wien einzuladen. Nicht die Studierenden sondern den Bundes-Kurti, Busek, Zilk, Bischof Krenn, Rektoren von Universitäten aller Kontinente und andere in- und ausländische Lemuren.

(Studis)

Angeichts der triesten Situation eine Provokation für alle Studierenden. 70 von ihnen nahmen diesen akademischen Akt zum Anlaß, den Festakt auf ihre Art zu bereichern. Die Herren und Damen in ihren mittelalterlichen Kostümen waren entsetzt, als plötzlich eine Gruppe mit Transparenten und Trillerpfeifen selbstbewußt in den Festsaal einzog, und sich in die ersten Reihen, die eigentlich den "Ehrenden" und Sponsoren vorbehalten waren, setzten. Rektor Wernhard wollte die Veranstaltung absagen, weil er "Eine derartige Situation den Mitgliedern der Bundesregierung nicht zumuten könne". Der Hochrechner der Nation, die fleischgewordene Öko-Soziale Marktwirtschaft, Professor Bruckmann ließ sich herab, mit den Nixfeiern zu verhandeln, die als Minimalforderung eine RednerInnen forderten. Als Bruckmann von der Unterredung mit dem Rektor zurückkam und meinte, dieser wisse nicht, ob er auf die Forderungen eingehen solle, erhöhten die ungebetenen Gäste auf drei NichtfestrednerInnen, was den Rektor offenbar so verblüffte, daß er einwilligte. Die Ehrengäste drängten sich in ein kleines Eck zusammen, der Bundes-



Kurti war offensichtlich verstört, weil schon jemand auf seinem Platz saß (wie unanständig!), und sein gepreßtes Lächeln löste bei den Studis schallendes Gelächter aus.

Nach Quasseleien von Busek von Ethik der Wissenschaft und Mobilität (ohne cash mobil zu sein ist schwer möglich), unterbrochen von Bemerkungen wie: "Gusch, Oida!", "Das glaubst du doch selber nicht.", und "Abgang!" wurden dem buntem Vogel mit der Breitmaul-Visage ein Armutszeugnis, eine Schulnachricht an seine Eltern ("Ihr Sohn Erhard läuft Gefahr, das Klassenziel nicht zu erreichen...schwätzt blödsinnig von Studiengebühren...läßt seine Hausübungen von Freunden in Brüssel schreiben") und ein Blumenstrauß (!!) übergeben.

Das Geschwätz wurde dann von Bruckmann fortgesetzt, der allen erklären mußte, daß 625 ein Sechzehntel von 10.000 ist (wie hochgeistig...).

Bei den drei Reden der StudentInnen lag Hochspannung im großen Festsaal. "Allein die Not ist es, die uns veranlaßt, hier herzukommen.", formulierte einer mit trockenem Humor, und verwies darauf, daß die soziale Lage in Österreich immer schlechter wird, und die wenigen Lehrveranstaltungen von reaktionären Inhalten geprägt sind. Als ein anderer den vermehrten Einfluß des Privatkapitals auf die Unis anprangerte, den Minister als Zyniker bezeichnete und dessen Rücktritt forderte, war es mit der noblen Zurückhaltung der Reaktionäre vorbei. Ihre "Abgang, Abgang"-Rufe blieben allerdings erfolglos. Als der Sprecher dann abschließend bemerkte, daß die anwesenden Nixfestgäste und viele andere mehr dafür kämpfen werden, daß die Demokratie nicht an Österreichs Grenzen haltmachen wird, verloren Busek, Waldheim und Co. ihr süffisantes selbstgefälliges Lächeln.

Nach der Veranstaltung war den TeilnehmerInnen der "Bewegung 7. Mai" klar, daß diese Aktion sicher nicht die letzte war, daß auch radikalere folgen werden. Wer das Video von dieser lustvollen Festlosveranstaltung haben will, der/die kann's sich auf der GEWI, Rooseveltplatz 5a, Tel. 43 93 54, besorgen — es lohnt sich.

P.S.: Nach der Veranstaltung tauschten die Studis ein Gespräch der besonders entsetzten Rektoren aus Brünn Prag und Bratislava mit Rektor Wernhard, in dem sie zum Ausdruck brachten, "wenn das die Demokratie ist, daß Leute einen Festakt stören dürfen, dann seien sie gegen die Demokratie."

(So schaut's also aus!)●

>>Fortsetzung der Bibliotheksbesetzung von der vergangenen Seite

flexion?

Besetzen heißt in unserem Fall, niemand damit zu provozieren, Probleme der Identifikation.

Es ist ein freier Fall ins Nichts — kein Interesse an prinzipieller Auseinandersetzung. Politik(wissenschaftliche) Müdigkeit?

Zuviele Chancen werden zugeteilt, zuviele oberflächliche Zugeständnisse: zu-frieden???

Eine Nacht in der Bibliothek als Chance, die Fronten zu klären. Will heißen: die Feinde sind diejenigen, die durchaus etwas bewirken könnten, aber durch jahrelanges Symptombekämpfen Sich-mit-allem-Abfinden und Das-Beste-daraus-Machen abgestumpft sind und dem Blick auf die Ursachen darüber vergessen haben. Eine Nacht in der Bibliothek als Chance, unseren SPASS an politischer Aktion zu haben und zu stärken,

Eine Frage der Kraft.

Die Möglichkeit festzustellen, ob politisches Handeln für mich bedeutet, mein "Selbstverständnis" als politischer Mensch in die TAT umzusetzen. Endlose Grundsatdiskussionen um Zusammenarbeit, Kompromißbereitschaft oder Konsensbereitschaft helfen uns allen nicht über die Frage: was ist das Prinzip: TUN oder taktieren, HANDELN oder reden???

KURZMELDUNG:

Hochschulen: Verbesserung bei der AusländerInnenzulassung?

(TATblatt-Wien)

In Zukunft sollen Menschen aus anderen Staaten und Staatenlose nicht mehr alle vier Schuljahre vor der Matura absolvieren müssen, um an einer österreichischen Universität studieren zu können. Stattdessen sollen die Schuljahre, die aufgrund eines entsprechenden Wissensstandes für die Matura nicht absolviert werden müssen, auch für die Zulassung an Unis und Hochschulen anrechenbar sein.

Das jedenfalls fordert eine Bürgerinitiative (Petition), die in nächster Zeit in den Nationalrat eingebracht werden wird. Abgabe von Unterstützungserklärungen und weitere Informationen: Ausländerreferat am Hauptausschuß, Rooseveltplatz 5a.●

Schwerpunkt: Aussageverweigerung

(ein erster Anfang)

(zusammengestellt von der autonomen Rechtshilfe)

Dieser Text ist aus Zürich 1987. Wir finden ihn wichtig und lesen ihn z.T. auch als Kritik an uns.

Gerade bei der Soli-Arbeit für/mit Georg sind wir vieles zu technisch, zu juristisch, zu wenig politisch angegangen. Wie ernst ist es uns mit dem Widerstand? Wie ernst nehmen wir uns selbst? Inwieweit schauen wir Konsequenzen unseres Tuns eben NICHT ins Auge? Inwieweit ist die Rechtshilfearbeit unbewußte Wiederholung statt radikaler Entwicklung? Inwieweit sind wir bereit, das, was wir tun, zu analysieren und aus unseren Fehlern zu lernen? Das Problem Rechtshilfe als Entwicklung von revolutionärem Widerstand und/oder als Sozialarbeit haben wir immer noch, das wird aber zum Teil verdrängt.

Wir meinen auch, daß wir die Aussageverweigerung bis jetzt auf einer zu technischen und zu wenig auf einer politischen Ebene prapagiert haben. Wir sind noch nicht so weit, wie wir manchmal glauben. Wir glauben aber auch, daß das nicht allein Problem der autonomen Rechtshilfe ist, sondern von allen, die sich als revolutionären Widerstand begreifen.

Darum dieser Text. Für den Anfang. Wir planen eine Aufarbeitung der Arbeit der autonomen Rechtshilfe anhand des Anti-Opernballs 1990. Aus der Geschichte lernen darf keine Phrase bleiben.

Einige aus der autonomen Rechtshilfe.

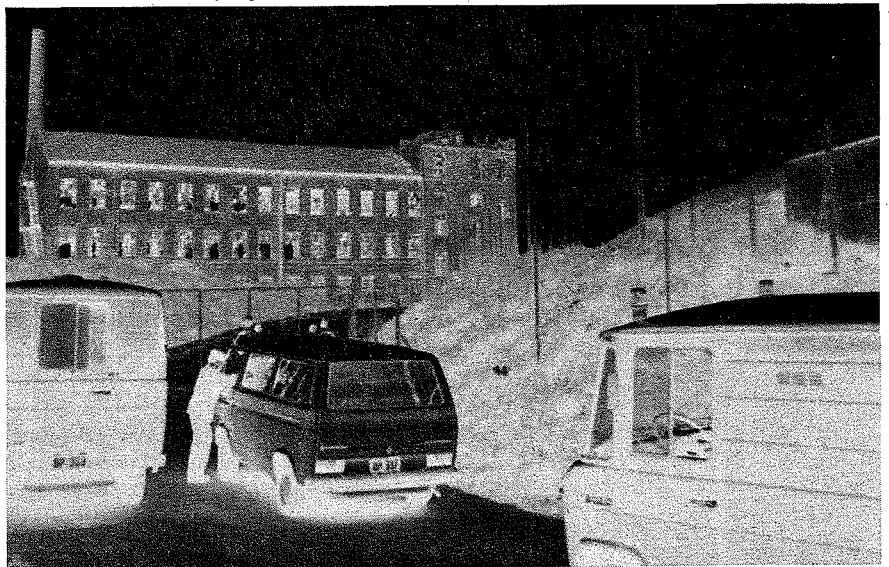
Zürich — September 87 —

Diese Materialsammlung ist aus der Diskussion um die Veranstaltung für Aussageverweigerung im Rahmen der Ausstellung zu Knast und Widerstand entstanden. Den Anfangstext haben wir an der Veranstaltung vorgelesen und zur Diskussion gestellt. Wir haben eine Auswahl von Texten getroffen, sicher aber viele andere wichtige ausgelassen, die wir entweder nicht kennen, oder die den Rahmen dieser Dokumentation gesprengt hätten. Wir haben die Bücher und Texte, die wir gebraucht haben am Schluß aufgelistet. Holt euch die und hört nie auf über Aussageverweigerung und Knast nachzudenken und zu diskutieren, und vorallem über das, was uns stark macht: **WIDERSTAND**.

Zur Aussageverweigerung

Erstmal, sagen wir mal, Vernichtung von denen, die gefangen sind. Es stimmt zwar, find ich auch, daß Vernichtung ganz logisch sich auf den richtet, der das Entfremdungssystem, das gegen den Menschen gerichtet ist, eben angreift. Wer das angreift, wer das konsequent angreift, der

ist natürlich auch mit der Vernichtung, sei es physischer Vernichtung oder auch nur mentaler Vernichtung, bedroht. Das wollen sie auf jeden Fall. Sie wollen zwar leben lassen hier draußen, aber wenn du deinen Widerstandskopf behältst, den möchten sie auslöschen. Sonst funktioniert ja hier nichts mehr. Wenn hier immer mehr Leute werden mit Widerstandsköpfen wie deinem, dann wird ja gar nichts mehr



klappen. Also gut, das richtet sich auf dich aus.

Aber erstmal, und zwar ganz sicher, auf diese gefangenen Menschen. Fest steht, daß sie eine besondere Klarheit haben, insofern sie sich nicht mehr ihre Gedanken, ihr politisches Wissen abtrennen lassen, von ihren Händen, sag ich immer.

Also ich kenn aus all meinen Besuchen nur Menschen, aus all diesen

Knastbesuchen nur Menschen, die identisch sind, mit denken und handeln. Und das macht sie, glaub ich auch einerseits so bedrohlich für das System. Denn das System funktioniert am besten mit Menschen, die nicht identisch sind, die entfremdet sind. Ein Entfremdungssystem funktioniert am besten mit Menschen, die entfremdet sind. Also sind sie eine Bedrohung, weil sie der Entfremdung widersprechen, in Kopf und Händen. Und Praxis also. Und sie sind aber nicht nur bedrohlich für die Herrschenden, sondern sie sind für sich selbst, und auch für mich und für alle die da reingehen, ein Ausdruck von Menschlichkeit, indem sie bei sich geblieben sind. Siehste, also wenn ich irgendwas unmenschlich finde, an mir oder an all den andren hier draußen, dann ist es, daß wir uns etwas vormachen. Daß wir schöne Gedanken haben, politisch vielleicht auch radikale Gedanken haben, aber ne faule Praxis. Das ist ja das unheimliche am Men-

schen, daß er das alles kann. Und jetzt triffst du Leute im Knast, wo die Unheimlichkeit nicht mehr stattfindet, das ist nicht mehr getrennt, auseinander. Die sind bei sich. Das macht sie auch so, ich glaube, unschlagbar.

Aus einem Interview mit Christian Geissler während des Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF 1981

Isolation und Verknastung ist keine Ausnahmesituation, sie sind ein gesamtgesellschaftliches Prinzip.

Wir sprechen vom Altersheim Hardau, vom Triemlispiital, vom Aemtlerschulhaus, vom Drahtschmidli, von der Familie, der Sozialarbeit, der Heim- und Hausarbeit, der Psychiatrie, dem Arbeitsamt, dem Einkaufszentrum, der angewandten Psychologie in Fabriken und Büros, der Gentechnologie, der Zwangsheterosexualität.

Wir reden dann auch vom Knast, vorallem dem Knast, dem grauen, institutionalisierten Mauerbau.

Und dann reden wir vorallem vom WIDERSTAND gegen das Isolationsprinzip, für Identität, Kollektivität, unsere Wünsche und Träume.

Der Mauer-Knast ist für uns alle hier eine reale oder mögliche Bedrohung, weil Menschen unter uns im Knast waren und es immer noch sind, weil wir als politisch handelnde Menschen immer damit konfrontiert werden, in den Knast gesperrt zu werden, von Genossinnen und Genossen getrennt, mit der uns bedrohenden Situation allein umgehen zu müssen. Knast ist das Gebiet der Konfrontation, das unseren Handlungsspielraum auf ein minimales reduziert. Er ist aber auch das Gebiet, wo sich unsere Identität, unser Willen lebendig zu bleiben, fortsetzen muß und kann.

Wir stellen an euch und an uns den An-

spruch, in dieser sicher totalen Konfrontation den Herrschenden zu widerstehen, uns als Menschen darin zu bewahren.

Unsere jüngste gemeinsame Geschichte zu Knast ist die Kampagne um den Hungerstreik von Walter Stürm und Hampe Güntert, um sie in ihrem Kampf zu unterstützen. Sie richtete sich auch grundsätzlich gegen Isolation drinnen und draußen. Die Initiative von Walter, die mit hier draußen nicht diskutiert, noch vermittelt war, ist an uns gelangt. Sie hat bei uns Diskussionen ausgelöst, wenn auch gerade zu Knast viele Fragen offen waren, er in letzter Zeit kaum mehr Gegenstand einer breiten Diskussion war, allen Versuchen, der Kontinuität der Scala zum Beispiel, zum Trotz.

Die Kampagne hat trotz unserer Fantasie und Vielfältigkeit, auch aufgezeigt, daß wir uns viel zu wenig damit auseinandergesetzt haben, wie für uns hier draußen, die Entwicklung aussehen könnte, und was wir mit dem Knast drinnen und draußen zu tun haben.

Wir sind hinterhergerannt unter Zeitdruck, raumlos, von einer Aktivität in die andere, die bereits die nächste nach sich gezogen hat. Wir haben uns oft bestimmen lassen und nicht mehr selber bestimmt. Wir sind zu einer für Walter unterstützenden Kraft geworden, haben aber mit ihm zusammen nichts weiter erreicht, als daß seiner Forderung nach Verlegung in den Normalvollzug nachgegeben wurde und

lung überhaupt.

Und es bleibt auch ein gutes, weil es immer wieder gut tut und notwendig ist, mit den verschiedensten Menschen zusammenzukommen, sich gemeinsam zu überlegen, gemeinsam Schritte zu bestimmen, Grenzen untereinander aufzulösen. Das schafft einen Raum, indem wir uns wieder treffen, weitergehen können.

Wenn wir jetzt über die Aussageverweigerung diskutieren wollen, können wir nicht davon ausgehen, wie schlimm, schrecklich, vernichtend der Knast ist, sondern davon, wie wir uns hier eine revolutionäre Entwicklung vorstellen, das warum und wie wir kämpfen wollen. Und dann kommen wir darauf, wie wir in dieser Konfrontation weiterkommen können.

80 war sicher für viele von uns die Zeit, wo wir uns neuen Erfahrungen aufgemacht und eigene Ketten gesprengt haben. Wir haben eine Ahnung von dem bekommen, was es heißen könnte, anders, näher bei uns zu leben. Und eine Ahnung von der Veränderbarkeit der Verhältnisse. Durch unser revoltieren sind wir aber auch gleichzeitig mit der Seite von Macht und Herrschaft konfrontiert gewesen, die Knast, Zelle, Verhör, Schläge, Angst, Schmerz und Unsicherheit heißt. Wir haben dabei auch immer wieder unsere eigenen Grenzen erfahren.

Das Verhältnis zur Praxis spielte keine so große Rolle, die wahllosen Verhaftun-

Knastgruppe möglich wurde, andere, denen die Möglichkeit der Aussageverweigerung bewußt war, ihnen aber die Stärke fehlte, sie in der Situation durchzustehen.

Für viele wurde die Aussageverweigerung ein gemeinsames, verbindendes Moment, eine gemeinsame Knast- und Widerstandsgeschichte. Für viele blieb aber auch der Anspruch, sich da zu wehren, als nicht erfüllbar im Raume stehen, abstrakt.

Das reagierende Verhalten auf die Repression ist sicher nicht einfach falsch, war für viele wichtig und ein Lernprozeß. Aber aus diesem Mechanismus ist die Auseinandersetzung mit Knast in weniger bewegten Zeiten auch immer wieder weggefallen.

Daß das System nicht von einer Welle weggespült werden kann, machte sich nach dem Vorpreschen von 1980 für viele bemerkbar.

Die Grenzen solcher Revolten, die Schwierigkeit, die gewonnene Erkenntnis und Erfahrung praktisch und kontinuierlich zu halten und zu verallgemeinern, hat viele erstmal auf sich selbst zurückgeworfen. Wir dachten es ist unser persönliches Problem oder das der Bewegung. Dies drückte sich dann oft in Orientierungslosigkeit aus. Viele suchten dann den Weg nur im grundsätzlich werden, im studieren, in der Schaffung von globaleren Zusammenhängen, die aber zugleich ein Wegkehren der praktischen Umsetzung mit sich brachten.

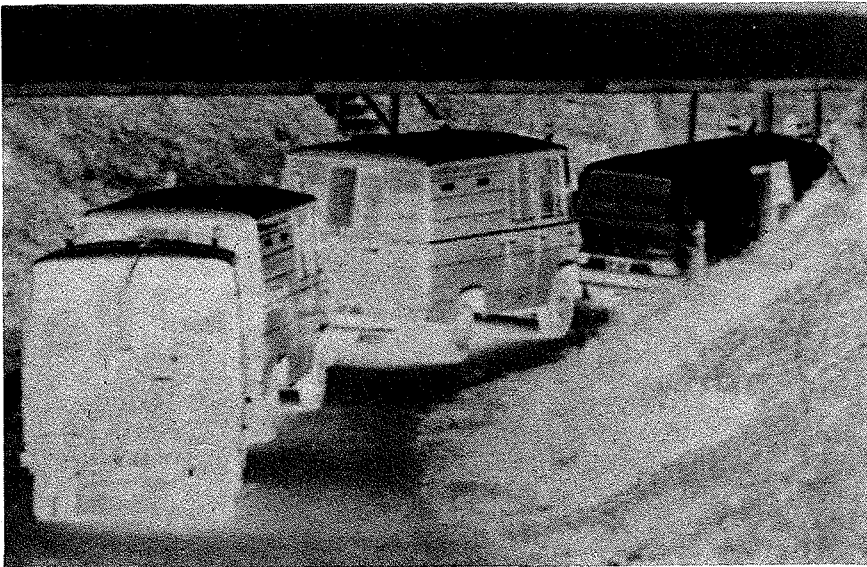
Es sind viele Kleingruppen entstanden, kaum kollektive Lebens- und Kampfzusammenhänge. Gruppen, die sich mehrheitlich darum kümmerten, Teilbereichsarbeit zu leisten, um in der Öffentlichkeit zu mobilisieren. Immer weniger war der Ausdruck unserer Entwicklung praktische selbstbestimmte und militante Politik.

Immermehr haben wir unsere Praxis auf Momente des Reagierens verschoben, wie z.B.:

- die Intervention der Amis in Grenada
- die Räumung der Häuser am Stauffacher
- die Einführung der verschiedenen Repressionsgesetze

Die Diskussion um den Knast ist weggerutscht. Es türmten und türmen sich politische, ideologische Vorstellungen für eine mögliche Perspektive, die mehr Abgrenzung als Verbindung untereinander schaffen. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, ist sicher nicht nur durch das Diskutieren einer möglichen Perspektive erreichbar.

Jetzt stehen immer mehr Fragen, kaum Antworten im Raum. Mit Knast haben nicht nur die zu tun, die drin sitzen, sondern auch wir hier draußen — denn Knast, das ist auch hier draußen. Klar, anders als wenn deine Bewegung auf 1,80 x 5,50 Meter per 23 Stunden am Tag beschnitten, gefesselt, gesperrt ist. Du niemanden siehst, als die Wachteln, das Gitterfenster. Das Milchglas den Blick nach draußen gefangen hält. Und auch klar, dadrin brauchst du viel Kraft, viel Lebendigkeit, brauchst dich, damit sie dich dir



Isolationshaft einmal mehr zum Thema wurde.

All unsere Forderungen der Kampagne:

- Freilassung der AIDS-Kranken
- Abschaffung des Trakts
- Baustopp für Regensburg II und III stehen nach wie vor im Raum.

Es bleiben verschiedene Momente und Gefühle. Ein schlechtes, weil wir oft nur aus einem moralischen Druckmoment gehandelt haben, und nicht aus einem Selbstverständnis von einer kämpferischen Entwicklung. Das ist sicher nicht einfach nur eine Frage der Kampagne, sondern die Frage nach unserer politischen Entwick-

gen und Schläge, die Schärfe der Repression machten eine Auseinandersetzung mit den Knaststrukturen dringend notwendig. In der Zeit entstand auch die Knastgruppe, die für uns alle auch immer wieder einen Rückhalt bot, uns aufforderte, an unserem Verhältnis zu Knast zu arbeiten, Möglichkeiten aufzeigte, Informationen weitergab. Mit uns versuchte, uns auf die Konfrontation mit den Bullen vorzubereiten. Dennoch gab es verschiedene Umgangsweisen mit dem Knast. Menschen, denen es klar war, daß sie sich verweigern müssen und das für sich auch können. Andere, denen es in einer Entwicklung, durch die vielen Diskussionen und die Arbeit der

nicht klauen. Damit du du bleibst, bei dir, lebendig, der ganzen Bedrohung widerstehen kannst, deinen Widerstandskopf und Hand behältst.

Damit du dich da behältst im Knast und auch weiterkommen kannst mit dem, was du denkst, entwickelst, lernst und willst, mußes dich vorher auch schon geben. Und nicht nur dich, sondern auch die anderen. Die Verbindung, die Geschichte mit den anderen, denn die brauchst du im Knast — ganz wichtig, und die brauchst du auch hier.

Die brauchst du, brauchen wir hier, wenn wir nicht gleich mit dem System gehen wollen.

Denn das System kann nur mit Menschen gehen und überleben, die sich dem ganzen menschenfeindlichen unterjochen — also nicht bei sich sind — entfremdet sind. Anders hältst du das auch gar nicht aus.

Zwang, Druck, Ausbeutung, Supermarkt, Angst, Gewalt, Vereinzelung, das forderst ja nicht du von dir, nein, das sind sie.

Und willst du das nicht, dieses ständige muß hier, dann fängst du dich an zu wehren, nach Neuem zu suchen. Das ist schwer, weil hier alles zugestopft, so vollgestopft und rosa-rot ist. Hier ist Gewalt nicht so offen wie in Süd-Afrika, Haiti, Libanon, Südkorea, Chile, Türkei. Hier ist am wenigsten Mensch, am meisten Geld — am wenigsten Fantasie, Leben, Gemeinschaft, am meisten Waren, Konsum, Fernsehprogramme — am wenigsten Zeit, am meisten Streßarbeit — am wenigsten Schreie, Gewehrkolben, brennende Häuser, am meisten Betäubungsmittel, einsame Menschen, Selbstmorde.

Dich da durchgraben, da frei machen, ist anstrengend und unbequem. Aber willst du dich, mußt du das — wir alle. Alleine nur, klar, das geht nicht. Dazu brauchen wir und wollen wir uns. Und brauchen auch das Wissen, daß schon viele andere gekämpft haben und viele andere kämpfen. Brauchen wir die Geschichte, die Geschichte von uns.

"Von unserer Geschichte wissen und in ihr handeln, ist das Wissen, das von uns handelt, das Handeln, das von uns weiß. Unsere Geschichte ist egal wie wirs drehen, uns winden, Klassenkriegsgeschichte, ein häßliches Wort? Ein Haß, ja, zutreffend, besser noch auftreffend. Wir suchen uns diesen Krieg nicht aus, auch entscheiden wir nicht ob Krieg ist oder nicht, er ist, so simpel, dort wo wir leben, im Klassenver-

hältnis, als Klassengewaltverhältnis. Mehr nicht, das reicht und ist nicht Krieg, weil wir tolle, angestrengt, straight sind, sondern aus unüberbrückbarem Interesse, entweder oder, sie oder wir, das Fremde oder das eigene."

(Christian Geissler "Das Brot mit der Feile")

Sie wollen uns ohne Geschichte haben. Uns vormachen Perspektive gibts hier nur ihre.

Perspektive die gibts in ihrem Sinn auch nicht, auch nicht in Nischen und Winkeln, integrierbar als Aussteiger, unbedrohlich und einkaufbar. Wer sich ernst nimmt in seinem Widerstand, dem Kampf gegen die herrschende Klasse, gegen Patriarchat, Kapital, Gewalt, Sexismus, Rassismus und Ausbeutung, ihn aufgreift, entwickelt und weiterführen will, die muß die Illusion über sich und was hier vielleicht doch noch möglich sein könnte, verlieren, um von den wirklichen Verhältnissen und Tatsachen auszugehen.

Perspektive — ein großes Wort, ein Wort, das auch Angst heißt, Angst nichts zu werden, nichts zu haben, nichts zu sein. Damit das Wort aber auch mal kleiner wird, greifbarer wird, wir das werden — Perspektive — die Angst gewendet werden kann, sich wendet gegen sie, Knast nicht nur Bedrohung ist, Zukunft nicht nur Schreck und Frage, sondern Widerstand, Kampf und Antwort, brauchen wir Kontinuität. Den Willen und immer wieder die Entscheidung, daß wir sie, die Herrschenden, wirklich besiegen wollen. Damit das nicht zur Phrase wird, müssen wir all das, was wir bekämpfen, auch in uns verändern. Die Inkonsequenz, die Flucht in Beschäftigungstherapie, Klüngel, falsche Zähigkeit, Streitereien, Abgrenzungen, Machtstrukturen und Konkurrenz überwinden.

Selbstkritische Reflexion der eigenen Praxis, der unbewußten Wiederholung entgegensetzen.

Solidarität, das ist nicht nur ein Wort, das so schön klingt, das ist Ausdruck für Umgehen, Verbindung, Handeln.

Solidarischer sein im Umgang miteinander, das meint auch kritischer sein, meint auch, Verständigung zu finden, — wie soll uns wer verstehen, wenn nicht mal wir uns verstehen —

Den Trennungsstrich, den haben nicht erst wir erfunden, der ist, errechenbar, aus materiellen Tatsachen längst kalt niedergemeißelt, geschlagen zwischen die Ausgebeuteten und Herrschenden.

Zu fragen haben wir uns, zu entschei-

den, wer von uns tut mit wem, wann, wo, mit welchen Mitteln, was. Das ist schwer, das muß sein, das reicht, wir sind viele.

"Nicht scheinen, was man ist, das ist unglücklich für einen selber,

scheinen was man nicht ist, das ist unglücklich für die anderen.

Wie soll eine an deiner Seite in den Kampf gehen, wenn du ihr deine Fehler nicht gezeigt hast?"

(Me-Ti)

Das Wissen um Ängste, Zweifel, Widersprüche ist wichtig, die dürfen wir nicht wegpacken, sonst fallen sie runter, lähmen und erschlagen. Die müssen wir auspacken unter Kampf- und Lebensgenossinnen und Genossen. Das geht oft an die eigenen Wurzeln und wird zur Frage nach der eigenen Identität. Das ist eine harte, aber schlichte Notwendigkeit, die Mut braucht. Die Mystifikation von Stärke und Kampf ist auch immer ein Trick um sich selbst vor der Anstrengung zu drücken. Das Aufbrechen dieser Widersprüche und Ängste, legt die Funktionsweise, den inneren Mechanismus offen, auf denen die Macht der Herrschenden beruht, das was sie bricht und wie sie gebrochen werden kann.

Was Knast bedeutet, sie sich dazu und dadrin verhalten, darüber muß sich in jeder Gruppe, die hier kämpft, kämpfen will, auseinandergesetzt werden. Wie mit Verhaftung, Verhör, Wachteln, Prozeß umzugehen ist. Das sind nicht vorallem technische Fragen — technische Antworten, das ist all das über was wir heute hier reden. Niemand soll sich der Illusion hingeben, mit technischen Lösungen einem politischen Problem zu begegnen, denn die Niederlage wäre gewiß.

Die Auseinandersetzung und das Umgehen mit Aussageverweigerung richtet sich nicht nach der Ebene auf der dein Widerstand praktischen Ausdruck findet.

Erfahrungen sammeln, Schritte bewußt machen, bei kleinen Aktivitäten im Alltag schon. Denn Alltag, das ist auch Kampf, muß es werden. Privat — politisch — das geht nicht getrennt. Einzimmerwohnung, zuwenig Geld, immer Bedrohung wenn du dir nimmst was du brauchst, überall Kontrolle, jeden Tag Frauenmord, kein Urlaub, nie Zeit, immer Akkord, immer Leistung und Druck, tausend Autos, Gestank, bald keine Luft mehr, kein Baum, immer Kriegsgefahr, eigentlich immer überall Krieg.

Erfahrungen von bewußt gemachten Schritten sammeln, seis beim Sprayen,

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER
Das andere Papier.

WIEN
1020
Springerg. 1
Tel. 2166305

WIEN
1070
Schottenfeldg. 53
Tel. 964307

GRAZ
8010
Glacisstr. 23
Tel. 832703

LINZ
4020
Waltherstr. 2
Tel. 283420

kleben, klauen, an eine Demo gehen. Da gibts nichts zu sagen. Nicht dem Ladenbesitzer, dem Arbeitschef, Sozialarbeiter, den Bullen, dem Gericht, dem Staat mit all seinen Schergen, das geht sie nichts an.

Das Auge nicht nur auf die Aktivität, die Aktion gerichtet haben. Sondern genauso bewußt und bestimmt damit umgehen, wie du deine Wohnung und die Menschen, mit denen du zusammen lebst verläßt.

Zur Aussageverweigerung gehört sicher das Wissen und das sich Auseinandersetzen mit den Methoden, Strukturen und Möglichkeiten der Herrschenden. Das Wissen kann uns Sicherheit geben, nicht überrascht zu sein, was sie alles gegen uns auffahren können.

Claudia dazu in einem Brief:

"Das, was man Haftshock nennt, trat bei mir nicht ein, obwohl der Übergang vom großen zum kleinen Knast nicht als ausgesprochen sanft bezeichnet werden kann. Der Umstand, daß ich mich seit Jahren mit dem Knast, mit seinem politischen Kontext ebenso wie mit den Haftbedingungen und Verhörmethoden auseinandergesetzt hatte, erwies sich nun, da ich alles von innen kennenlernen sollte, als hilfreich. Mit nichts konnten sie mich wirklich überraschen, überrumpeln. Ich war auf alles gefaßt — und doch war alles neu, unangenehm neu. Der kleine Unterschied vom Kennen vom Hörensagen und dem Kennen aus eigenem Erleben. Das vorgängige Aneignen von Fremderfahrung ist aber drum wertvoll, weil es dir Sicherheit gibt, du dich gewappnet fühlst gegen allerlei Angriffe gegen Körper und Würde, du weißt, daß und wie andere vor dir widerstanden haben.

Besonders in der ersten Zeit, war für mich die Erinnerung an das Verhalten von Petra unschätzbar wichtig, an Petra, die sich damals auch unermüdlich darum bemüht hatte, ihren Kampf und ihre Erfahrungen zu vermitteln, sie, die viel härteren Begleitumständen zu trotzen gehabt hatte, machte mir Mut."

Isolation und Abtrennung ist keine Ausnahmesituation innerhalb dieses Systems. Isolation ist ein gesamtgesellschaftliches Prinzip, sie ist der Versuch, auf jeder Ebene die menschliche Dimension auszuschalten. Die Menschen daran zu hindern, sich auf sich selber zu beziehen, sich als ganze Menschen erfahren zu lernen, mit eigenen Vorstellungen, Wünschen und Bedürfnissen. Die Isolation ist die radikalste Enteignung jeder selbstbestimmten, kollektiven, praktisch-sinnlichen Erfahrung.

Alle sind mit ihr konfrontiert. Sie ist das Lauern um die Ecke, sie ist der Sprung ins Gesicht, sie ist das Dunkle im dunklen. Die Isolation ist das herrschende über unsere Beziehungen, unser Wohnen, Leben, Schlafen, Arbeiten. Das Auseinanderdividieren, und das gleichzeitig neuzusammensetzen, das Schaffen immer neu sich rivalisierender Teilbereiche, das Verewigen des individualisierten und der Herabwürdi-

gung, können wir durchbrechen. Lassen wir ihre Strategie ins Leere laufen.

Wir können den Angriff umdrehen, indem wir unser gesamtes Handeln, denken, lernen, arbeiten, organisieren, lieben, unsere gesamten Lebensäußerungen und Tätigkeiten, in eine Beziehung zueinander kommen lassen. Wenn wir nicht mehr teilen in politisch und persönlich, gemeinsam und individuell, wichtig und unwichtig, Kopf und Hand, Kopf und Bauch.

Unsere gesamten Äußerungen, sollen Teil und Funktion des Widerstandes sein. Das gilt sowohl außerhalb wie innerhalb der Knastmauern.

Knast ist nur eine von vielen Isolations-, Trennungsinstitutionen. Sie ist eine Konfrontation unter anderen Bedingungen, mit denselben Ängsten, Nöten und Stärken wie außerhalb.

Als Begründung für Aussagen im Knast haben wir immer wieder gehört: "Wenn ich jetzt Aussagen mache, ist das gut, weil ich dann draußen weiterkämpfen kann, weil ich draußen mehr nütze." Oder, "warum soll ich jetzt solange in den Knast, gebe ich das zu oder gehe ich an den Prozeß, dann komm ich nicht solange in den Knast, dann kann es draußen mit den Leuten weitergehen."

Diese Überlegungen sind falsch, und wir sagen das jetzt mal recht bestimmt und klar, weil sie vormachen, daß der wirkliche Widerstand außerhalb des Knastes stattfinden würde. Als wenn drinnen kein Widerstand möglich wäre. Die Verleugnung der Geschichte und der eigenen Identität; als wären die Mauern der Knäste wirklich die Mauern, an denen sie unsere Köpfe einschlagen und unsere Geschichte auslösen können.

Die Grenze vom großen zum kleinen Knast macht uns Angst. Aber wir wissen um die Kraft und den Kampf vieler Gefangenen, und wir wissen auch um die Notwendigkeit der Verbindung von draußen nach drinnen, von drinnen nach draußen. Schaffen wir den Raum, den wir brauchen, um gemeinsam zu handeln.

"Jede Konfrontation von Gefangenen mit Bullen im Verhör oder Richtern im Gerichtssaal ist Nahkampf im langen Stellungskrieg Bewaffneter gegen Waffenlose, Mächtiger gegen Machtlose, im Stellungskrieg, der mit der Verhaftung beginnt und nicht aufhört, solange die Freiheitsberaubung andauert. Eine alte Guerillaweisheit besagt nun, daß man sich in Einschätzung der Kräfteverhältnisse Kampfterrain wie Kampfmittel nicht aufzwingen lassen, sondern selber bestimmen soll. Das gilt auch für hier. Unser Terrain ist nicht das Verhörzimmer, unsere Waffe nicht das bürgerliche Gesetzbuch (es sei denn, als Wurfgeschöb)."

Aus einem Brief von Claudia.

Aussageverweigerung ist nicht nur das Nichtssagen bei den Bullen, sie ist eine Haltung, die unser Handeln in und außerhalb des Knastes bestimmt. Sie ist die konsequente und direkte Verweigerung des Anspruchs auf dein Inneres, deine Identität,

sei dies bei Verhören, Prozessen, Vorladungen, gegenüber Sozialarbeitern, Wachteln und Pfarrern.

Verrat. Verraten. Es gibt viele Formen von Verrat. Verraten kannst du dich, verraten kannst du eine Sache, verraten kannst du eine politische Entwicklung, verraten kannst du einen anderen Menschen. Oder alles zusammen. Über den Verrat an anderen Menschen wollen wir nicht diskutieren, weil wir hier die Grenze setzen, die wir nicht mehr überwinden können und wollen.

"Der Schutz vor dem Strudel lauernder Tiefe, die uns an den Füßen packen will, zerrend an unseren Zweifeln und Unsicherheiten, der Fall des Wassers, das nur unten ankommen kann. Hinauf ist es immer schwieriger. Hat er dich einmal an deinen Füßen, kannst du nur versuchen, dich mit den Händen festzuhalten, dich hochzuziehen mit aller Kraft. Der Fall des Wassers braucht keine Rechtfertigung, es gibt keine Rechtfertigung. Es gibt Erklärungen, die weder den Fall des Wassers aufhalten, noch dir helfen da wieder hochzuklettern. Der Druck, die Kraft entläßt sich durch den Sturz in das vermeintlich Weiche, Breite, See. Ringend unter der Gewalt des herabstürzenden Wassers, verloren einsinkend im Strudel mitgerissen, oder schwimmend ans Ufer rettend davon. Bist du einmal am Ufer, willst du überhaupt dahin, hast du nur die Möglichkeit, dich an den mühsamen steilen Weg zu machen, der über Höhen und Tiefen einen Weg sich durch das steinige Gelände bahnt."

Aussagen sind immer eine Form von Verrat. Keine Aussagen zu machen ist eine absolute Notwendigkeit.

Trotzdem ist es immer wieder so, daß Menschen im Knast, Aussagen machen, um sich vermeintlich zu schützen oder zu retten, um sich selber den großen Druck vom Halse zu schaffen, um die Stille aufzulösen, um raus zu kommen.

Wir müssen uns bewußt machen, daß sämtliche Aussagen, auch die die scheinbar mit der "Sache" nichts zu tun haben, über unsere Persönlichkeit, unsere Wohn- und Lebensformen, unser Einkommen, unsere Freunde und Freundinnen, Versuche sind, uns einzukreisen, uns faßbarer zumachen. Sie wollen uns in Aussagen verstricken, herausfinden, wo wir am angreifbarsten sind.

Wir können also nicht einfach so trennen zwischen Aussagen, die wichtig sind und Aussagen, die weniger wichtig sind.

Wenn ein Mensch aus dem Knast kommt und Aussagen gemacht hat, ist das Entscheidende, wie er damit umgeht, ob er sich rechtfertigt, versucht sich zu verteidigen, oder ob er dazu steht, sich seinen Fehlern bewußt macht und sie versucht zu verarbeiten, mit ihnen einen Schritt weitergeht, versucht sie in Kraft umzuwandeln. Das ist unser Anspruch. ●

WanderarbeiterInnen in der EG

Blick auf den Binnenmarkt

(TATblatt Innsbruck)

Das Weißbuch der EG sieht neben den anderen drei bekannten Freiheiten die ungehinderte Bewegung von Menschen und damit Arbeitskräften vor. Innerhalb der EG gibt es im Moment jedoch noch drei "Klassen" von Menschen.

- "Erst-AusländerInnen" — geregelt nach dem Schengener Abkommen (d.h. Menschen, welche sich im Raum Benelux-Länder, BRD und Frankreich "frei" bewegen können, vorausgesetzt sie besitzen die Staatsbürgerschaft eines oben genannten Landes).

- "Zweit-AusländerInnen" — StaatsbürgerInnen innerhalb der EG.

- "Dritt-AusländerInnen" — das sind Menschen, welche keine "EG-Staatsbürgerschaft" besitzen.

Zu den "Erst-AusländerInnen": "Schengener BürgerInnen" genießen heute schon die volle "Freizügigkeit" der ab 1993 im gesamten EG-Raum geltenden Bestimmungen. Im Schengen-Raum werden schrittweise die gleichen Außenzoll- und Sicherheitsnormen eingeführt. Dies bedeutet, daß für 115 Länder gleichlautende Visa-Bestimmungen eingeführt wurden. Die im Schengen-Raum lebenden Menschen werden nach dem Muster des westdeutschen Bundesgrenzschutzes kontrolliert bzw. überwacht. Im Schengen-Informationssystem (SIS) kann auf ein integriertes Datenschutzsystem zurückgegriffen werden. Auffällig ist, daß die Bekämpfung der "illegalen Einwanderung" auf die gleiche Ebene der Bekämpfung des Drogenschmuggels und des "Terrorismus" gestellt wird. In diesem Zusammenhang kann auch die TREVI-Gruppe (an der Österreich informell teilnimmt) gesehen werden, welche neben der Vereinheitlichung der Visa-Bestimmungen zwischen den "zwölf Ländern" die Bekämpfung des "Terrorismus" und des Drogenschmuggels vorsieht — anscheinend die größten Gefahren für die EG (Terrorism, Radikalismus, Extremismus, Violence International). Ab 1993 fällt die Klasse der "Erst-AusländerInnen" weg.

Dann werden alle EG-BürgerInnen gleichgestellt sein — mit Ausnahmen natürlich: Gemeinschaftsstaaten halten dann noch eine letzte Bastion staatlicher Souveränität, indem EG-BürgerInnen nur unter Vorbehalt der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit den InländerInnen am Arbeitsmarkt gleichgestellt sind. Ein Gummiparagraph, der sich je nach politischer und ökonomischer Situation als

Lutscher oder eben als Hammer verwenden läßt. Nur zu logisch ist es, daß auch bezüglich des Beschäftigungsfeldes Einschränkungen gemacht werden. Erstens ist es EG-AusländerInnen untersagt, in der öffentlichen Verwaltung zu arbeiten — um sie vom staatlichen Entscheidungsprozeß im engeren Sinn fern zu halten und zweitens besteht ein Arbeitsverbot im Tätigkeitsbereich der Privatwirtschaft, wo es um "leitende" Positionen geht. Was für Jobs dann bleiben, ist klar: Scheißhausputzen, Schwermetallschnüffeln, Wirbelsäulenverkrümmen,....

Ob es überhaupt "genügend" Jobs in der ach so goldigen BRDDR geben wird, hängt massiv vom "Vereinheitlichungsprozeß" im Bereich der Umweltauflagen und des Lohnniveaus ab. Da anzunehmen ist, daß diese Vereinheitlichungen Schwierigkeiten machen, werden wohl einige Großunternehmen ihre Produktionsstätten überhaupt in den Süden verlegen (ein klassisches Beispiel kann dazu aus Österreich angeführt werden: HUMANIC hat einen Betrieb in der Türkei aufgebaut — wo heute die meisten Schuhe produziert werden — zu günstigen Umweltbedingungen — zu günstigen Arbeitsbedingungen — für HUMANIC — versteht sich wohl von selbst). Die dazu notwendige Infrastruktur (Straßen, Kraftwerke,...) wird schon lange für den paradiesischen Zeitpunkt 1.1.1993 ausgebaut — ein "gemeinsamer Markt Europa".

Die "Dritt-AusländerInnen" werden heute und ab 1993 weiter als "nationale Manövrierarmee" der einzelnen Mitgliedsstaaten gehandhabt. Der "Schutz der inländischen ArbeitnehmerInnen" wird sich voll dahingehend auswirken, daß die Europa-Grenzen dicht gemacht werden, da kein Bedarf mehr an TürkInnen, JugoslawInnen, AfrikanerInnen,... besteht. Ganz in der Logik dieses Systems: was nicht mehr benötigt wird, wird weggeschmissen !! Wollte selbst ein Mitgliedsstaat eine "liberalere" (was auch immer dieses Wort heißen mag) AusländerInnenpolitik praktizieren, wird dem ein Riegel vorgeschoben. Denn EG-Organen haben explizit die Kompetenz, den Zugang von ArbeitnehmerInnen aus Drittstaaten zu regeln oder besser gesagt zu bremsen, wenn die einzelstaatliche AusländerInnenpolitik die "EG-Freizügigkeit" unterlaufen würde. Mit anderen Worten — EG-BürgerInnen haben immer Vorrang !!

Die österreichische AusländerInnenpolitik — sei es die Visapflicht für türkische StaatsbürgerInnen oder die Verschärfung der Zulassung von AusländerInnen am Arbeitsmarkt ganz allgemein oder u. u. u. (siehe die Berichte in den letzten TATblättern) muß auch unter dem Aspekt der versuchten Mitgliedschaft Österreichs in der EG gesehen werden. Österreich versteht es perfekt, heute schon die Rolle eines "EG-Vorpostens" einzunehmen.

Auf in ein eurozentrisches — faschistisches — Europa! ●

Israel: Weiterhin Repression gegen PalästinenserInnen

(TATblatt-Wien)

Der israelische Parlamentsabgeordnete Yossi Sarid von der Bewegung für Bürgerrechte gab bekannt, daß Shamir mindestens 14 neue israelische Siedlungen in den seit 1967 besetzten arabischen Gebieten plant.

Gleichzeitig publizierte das israelische Informationszentrum für Menschenrechte die Aussagen mehrerer ZeugInnen über die neueste Vorgangsweise der Armee in den seit 1967 besetzten Gebieten: Laut einem Armeereservisten wird PalästinenserInnen, die von den israelischen Soldaten festgenommen werden, das Gesicht bemalt, worauf sie gezwungen werden, Kinderlieder auf Hebräisch zu singen.

Diese Aussage wurde von zwei von dieser Vorgangsweise betroffenen Arabern aus dem Dorf Abud, 24 km nördlich von Jerusalem, bestätigt.

Inzwischen erwägt die Firma Trans-technology in Pennsylvania/USA, die Tränengas erzeugt, angesichts des ständigen Mißbrauchs ihres Produkts durch die israelische Armee einen Lieferstopp nach Israel.

Mitglieder eines Palästina-Solidaritätskomitees in den USA ließen verlauten, daß bisher mindestens 84 AraberInnen durch Dauerkontakt mit dem Tränengas getötet wurden, weitere 3200 PalästinenserInnen trugen dadurch schwere Verletzungen davon. ●

"Bla, bla, bla, ..."

Fazit der UmweltministerInnenkonferenz in Bergen

Allen Unkenrufen von KritikerInnen in der ganzen Welt zum Trotz erwies sich die Konferenz der ECE-UmweltministerInnen als noch fruchtloser, als erwartet. Im — nach einigem Hin und Her doch noch verabschiedeten — gemeinsamen Schlußpapier steht so gut wie NICHTS. Das "SEED-Volksforum", eine Gegenkonferenz, ließ es sich denn auch nicht nehmen, seiner Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen.

(SEED, TATblatt-Wien)

Als am Dienstag Abend die MinisterInnen ihr Hotel zu einem gemeinsamen abschließenden Konzert verlassen wollten, blockierten ca. 1500 Menschen aus 35 Ländern den Ausgang. Nach einiger Zeit gelang es den hohen Herrschaften, das Hotel durch einen Seiteneingang zu verlassen und zu ihren Bussen zu gelangen. Wo sie dann auch einen Teil des Abends verbringen sollten: Ca. 1 Stunde lang verhielten die SEED-TeilnehmerInnen¹ die Abfahrt, Sprüche wie "Bla, bla, bla" und "Bergen meeting, just talk and eating" machten klar, was von der Konferenz zu halten sei. Bei ihrer Rückkehr zum Abendessen gelang es den MinisterInnen nur durch ein massives Eingreifen der Polizei, wieder ins Hotel zu kommen. Den sonst so souveränen "VolksvertreterInnen" war offensichtlich gar nicht wohl zumute, als sie durch die "hohle Gasse" aus DemonstrantInnen marschieren mußten, die augenscheinlich so wenig von ihren wichtigen Entscheidungen hielten.

Das SEED-Volksforum verurteilt das Schlußpapier der ECE-Ministerkonferenz², weil es die Regierungen der reichen Länder nicht dazu verpflichtet, ihre Politik und Entwicklung in Richtung gerechter und tragbarer Gesellschaft zu ändern.

Im Kapitel **Allgemeine Herausforderungen** erkennen die MinisterInnen zwar, daß die Methoden der Produktion und Konsumation selbst die Grundursache der Krise sind, doch sind sie nicht fähig, Konsequenzen daraus zu ziehen. Es wird nicht erwähnt, daß die Reichen 80% der Weltressourcen konsumieren; es wird auch nicht erwähnt, daß diese Reichen, die 20% der Weltbevölkerung ausmachen, die ausbeuterischsten Methoden — von Krieg bis struktureller Gewalt — benutzen, um ihren Reichtum sicherzustellen und dabei die Armen, Marginalisierten, UreinwohnerInnen zu Opfern einer "Entwicklung" machen, um die diese nie gebeten haben.

Das Kapitel **Ökonomie der Tragbarkeit** (ich hab'noch immer keine bessere Übersetzung gefunden; die Übersetzerin) geht völlig darüber hinweg, daß dieses wirtschaftliches System selbst die Ursache der Krise ist. Wirtschaftswachstum, Vergrößerung des Wohlstands, Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, um den Kapitalfluß zu verstärken, sind immer noch die Ausgangspunkte der Politik.

SEED verlangt eine Stärkung der kleinräumigen Wirtschaft, die auf Selbst-

kontrolle und lokalen Eigenbedarf basiert und Materialien in sensibler Art und Weise verwendet. SEED: *"Wir wollen nicht mehr materiellen Wohlstand, mehr künstliche Nahrungsmittel, mehr Maschinen, Autos, Straßen,.... Wir brauchen das nicht. Wir glauben nicht an materiellen Wohlstand und den Freien Markt."*



Der Teil über **Tragbare Energienutzung** ist mehr als eine Enttäuschung. Er ist sogar noch ein Rückschritt zu den Empfehlungen des "Brundtland-Report"³, der eine 50%ige Reduktion des Energieverbrauchs in den Industrieländern vorsieht. Es werden hier überhaupt keine Ziele gesetzt, weder im Energieverbrauch, noch bei den Emissionen. Über ein Einfrieren der CO₂-Emissionen im Jahr 2000 wurde lange gestritten, doch verweigerte die USA die Zustimmung. Überraschenderweise beharrte gerade Österreichs Umweltministerin Flemming darauf, doch vor die Aussicht gestellt, kein gemeinsames Konferenzpapier verabschieden zu können, stimmte auch sie einer Vertagung des Problems zu.

Die SEED-Konferenz fordert zumindest eine 20%ige Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005, einen sofortigen Ausstieg aus der Atomernergie und eine Verpflichtung zu erneuerbaren Energiequellen und zum Energiesparen, eine Wirtschaft, die auf öffentlichem Verkehr basiert und die es ermöglicht, in der Nähe des Arbeitsplatzes zu leben.

In ihrer Erklärung zu **Tragbare industrielle Aktivitäten** haben es die MinisterInnen nicht geschafft, sich an Bhopal, Sandoz oder andere offensichtliche Versagen der Industrie zu erinnern. Es gibt in ihrem Schlußpapier keine Forderungen an die Industrie, auf umweltfreundliche Produktionsweise umzusteigen und die Verantwortung für die von ihr produzierten Schäden zu übernehmen.

Bewußtseinshebung und öffentliche Beteiligung. SEED verlangt, daß die Bevölkerung nicht nur am Rande in die Dis-

kussion einbezogen, sondern auch umfassend informiert wird und Veränderungen bewirken kann.

Laut SEED sind in der angeblichen "globalen Sicht" der ECE-Konferenz einige extrem wichtigen Punkte überhaupt nicht erwähnt:

- **Die Entschuldigung:** Schuldenprobleme haben die "3. Welt"-Länder dazu gebracht, ihr Volk und ihre natürlichen Ressourcen bis zum Äußersten auszu-beuten. SEED verlangt die Entschuldigung und Maßnahmen, die die soziale und kulturelle Integrität sämtlicher Gesellschaften wiederherstellen. Maßnahmen, die das Selbstvertrauen, die lokale Kontrolle über Ressourcen, Ermächtigung und Teilnahme der Unterprivilegierten und Marginalisierten fördern.
- **Militär:** Das Militär übt eine strukturelle Gewalt in der Gesellschaft aus. Es stellt die Interessen der herrschenden Menschen sicher. Solange daran nicht gerüttelt wird, können wir keine wirkliche Veränderung erwarten.

Schlußwort aus dem SEED-Papier: *"Wir, UmweltschützerInnen aus der ganzen Welt, haben uns hier getroffen, um unsere Arbeit zu koordinieren und voneinander zu lernen. Wir haben uns auch getroffen, um die Ministerkonferenz zu beobachten und möglicherweise zu beeinflussen. Wir haben keine Worte für unsere Wut und Enttäuschung. Diese Schlußerklärung ist ein krimineller Angriff an uns, unsere Umwelt und die zukünftigen Generationen."* •

1 SEED = Solidarity, Equality, Ecology, Development

2 ECE = Wirtschaftskommission der UNO (Europa + Nordamerika)

3 Im Brundtland-Report "Unsere gemeinsame Zukunft" — benannt nach der norwegischen Umweltministerin — sind die Empfehlungen der WECD (= Weltkommission über Umwelt und Entwicklg) niedergeschrieben

KURZMELDUNG

Fischung: Vorerst kein Weiterbau

(TATblatt-Wien)

Aufgrund von Erkenntnissen durch die Umweltverträglichkeitsprüfung ist das geplante Murkraftwerk Fischung nun auch offiziell nicht verträglich. Der Bau wird somit vorerst eingestellt. 1991 wird angeblich weiterüberlegt. Wir hoffen bis zum nächsten TATblatt mehr darüber zu wissen. •

Auseinandersetzungen in Südkorea

Die Auseinandersetzungen, die Südkorea in den letzten Tagen "erschütterten", stellen einen vorläufigen Höhepunkt im von StudentInnen und ArbeiterInnen getragenen Widerstand gegen die Politik der Regierung der letzten drei Jahre dar. Die "MINJUNG" versteht sich als Parlament der Straße und setzt sich aus Proletariat, Unterschicht und mit ihnen verbündeten StudentInnen und KünstlerInnen zusammen. Diese Bewegung erhielt seit 1987 einen beachtlichen Auftrieb.

(gp)

1987 mußte aufgrund des zunehmenden innenpolitischen Drucks und nicht zuletzt wegen der bevorstehenden Olympischen Sommerspiele '88 Diktator Chun Do Hwan auf seinen Präsidentenposten verzichten und sich in einen abgelegenen buddhistischen Tempel nordöstlich von Seoul zurückziehen. Als seinen Nachfolger bestimmte er Roh Tae Woo, einen ehemaligen Klassenkameraden aus der Zeit des gemeinsamen Besuchs der Militärakademie (Alle Schlüsselpositionen in Regierungspartei und Wirtschaft sind von Ex-Generälen bzw. Absolventen der koreanischen Militärakademie besetzt).

Roh bzw. die "Demokratische Gerechtigkeitspartei" erhielt bei den Präsidentschaftswahlen 35,5% der Stimmen. Ausschlaggebend für diesen Wahlsieg war die Zerstrittenheit der Opposition sowie eine Acht-Punkte-Erklärung Roh's, in der er die Forderungen der Oppositionsbewegung fast wortwörtlich übernahm (nach den Wahlen jedoch nicht über-, sondern zurück). Auch von Wahlbetrug war die Rede. Die Legitimierung des Regimes durch Wahlen war mit Blick auf die Olympischen Spiele von großer Bedeutung, da so Ländern, welche bis dahin keine diplomatischen Beziehungen mit Südkorea unterhalten hatten, die Teilnahme an den Spielen ermöglicht wurde. Die sich daraus ergebenden direkten Kontakte zu den "sozialistischen Ländern" waren für Südkorea von großer Wichtigkeit: Zum einen konnten jahrzehntelang als unumstößlich erscheinende, dem ständigen Konflikt mit Nordkorea entspringende Barrieren überwunden werden (ein "politischer Erfolg", den Nordkorea nicht verbuchen konnte), zum anderen boten die neuen Handelsbeziehungen auch gleich die Möglichkeit, sich dem immer stärker werdenden ökonomischen Druck der USA und Japans zu entziehen. Südkorea sollte der Weltöffentlichkeit als "Wirtschaftswunder" präsentiert und in den Kreis der "demokratisch"-westlich orientierten Industrienationen aufgenommen werden.

Die Exportorientierung der "neuen" Regierung brachte zwar unleugbar ein Wirtschaftswachstum, das jedoch nur durch eine immens hohe Auslandsverschuldung erreicht werden konnte. Nahezu alle Rohstoffe müssen importiert werden, auch die Abhängigkeit von ausländischen Lizenzgebern ist beträchtlich. Ein

gegenüber der Bevölkerung repressives Stabilitätssystem (Niedrigstlöhne bzw. Einfrieren der Löhne in Zeiten der Rezession, extrem lange Arbeitszeiten und daraus folgend ein Spitzenplatz in der Statistik der Arbeitsunfälle, Verbot gewerkschaftlicher Organisation, Pressezensur), die Schaffung sogenannter Investitionsanreize (Zoll- und Steuerermäßigungen für exportorientierte Großunternehmen; Gewinntransfers für ausländische Unternehmen; Etablierung von Freihandelszonen; keine direkten Steuern für Unternehmen; dafür Budgetfinanzierung über indirekte Besteuerung der Massen: Mehrwertsteuer und Alkoholabgabe sind die wichtigsten Einnahmequellen Südkoreas), staatliche Rahmenplanung (Infrastruktur), die Erstellung von Fünf-Jahres-Plänen und daraus resultierend eine Vernachlässigung der Landwirtschaft (die Abwanderung der Menschen in die Großstädte verursacht zusätzlichen Lohndruck) sowie der Binnenmarktproduktion (die zur Zulieferindustrie für Exportunternehmen verkümmert) bewirkten den Zufluß ausländischen Kapitals und schafften somit die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes.

Dieses "Wachstumsmodell" stieß 1988 an seine Grenzen. Eine Aufwertung des Won (Landeswährung) im Verhältnis zum US-Dollar und ein schwacher japanischer Yen verteuerten südkoreanische Produkte auf den Auslandsmärkten und bewogen die Großkonzerne, ihre Gewinne in Spekulationsgeschäften mit Aktien und Boden (1987 gehörten zwei Drittel des nutzbaren Bodens 5% Großgrundbesitzern; die Profite aus Bodenspekulationsgeschäften entsprechen 83% aller Löhne; Für Wohnen müssen 50% des Gehalts ausgegeben werden) anzulegen, anstatt sie in Forschung und Entwicklung zu investieren. Als krisenverschärfend erweist sich auch die geringe technische Ausgereiftheit der von Südkorea angebotenen Produkte und die zunehmende Konkurrenz anderer Billiglohnländer.

Konservative regimetreue Kreise führen das Sinken der Wachstumsrate auf die Arbeitskämpfe der vergangenen drei Jahre und den damit verbundenen Produktionsausfällen (seit 1987 über 7000 Ausstände), sowie auf die durchschnittlich 70% Lohnerhöhungen in dieser Zeit zurück. Damit wird auch die seit Anfang dieses Jahres verstärkte Repression vertei-

digt.

Bei der Offensive gegen die Protestbewegung sind der Regierung alle Mittel recht.

- zuerst wurde Kim Dae Jung von der Partei für Frieden und Demokratie von der Staatsanwaltschaft der Verletzung der nationalen Sicherheit und des Vergehens gegen das Devisenkontrollgesetz beschuldigt. Ein Parteigänger Kims soll angeblich für Nordkorea spioniert und damit zur Finanzierung der Partei beigetragen haben. Nach dem nationalen Sicherheitsgesetz können führende AktivistInnen von staatsfeindlichen Organisationen, die die nationale Sicherheit gefährden, mit lebenslanger Haft oder mit dem Tode bestraft werden; von der Anwendung dieser Bestimmung waren im August 1988 rund 700 politische Gefangene betroffen.

- Im Jänner 1990 gelang eine Dreier-Koalition aus Roh's Regierungspartei (DGP), der "Demokratischen Wiedervereinigungspartei" unter Führung Kim Young Sam (1988 sprach er noch davon, so lange gegen das Regime Roh's zu kämpfen, bis alle oppositionellen Forderungen erfüllt seien) und der "Neuen Demokratischen Republikanischen Partei" mit Kim Jong-pil (der einst die Beseitigung aller vom Regime verursachten Ungerechtigkeiten gefordert hatte).

- Im Jänner wurde die Dachorganisation der Gewerkschaften CHONNOHY-OP wegen Verbreitung von Klassenkampfsideologie verboten. In Südkorea sind seit Herbst '87 nur Betriebsgewerkschaften erlaubt, alle Fachgewerkschaften verboten.

Der Verfassungsgerichtshof bestätigte ausdrücklich ein Gesetz, das Gewerkschaften die Einmischung in Tarifverhandlungen untersagt. Etwa 200 GewerkschafterInnen sind in Haft.

Aus Protest gegen die Inhaftierung von GewerkschafterInnen traten am 25.4.1990 20000 ArbeiterInnen der Hyundai in den Streik. Nach Interventionen der Geschäftsführung bei der Regierung wurde die Aktion am 28.4. für illegal erklärt und die Werft von 10000 Bullen geräumt. 500 Menschen wurden verhaftet, dutzende verletzt. 60 ArbeiterInnen besetzten einen 80 Meter hohen Kran und traten für 13 Tage in den Hungerstreik. Daraufhin begannen landesweite Streiks, die von den KUSADAES (von Betriebsleitungen organisierte Schlägertrupps) nicht verhindert

werden konnten.

Im folgenden ein kurzer Überblick über den Verlauf der Aktionen (kein Anspruch auf Vollständigkeit):

29.4. — Landesweite Straßenschlachten; in Seoul werden Schauräume der HYUNDAI-Motor-Corp. zertrümmert und Bilder des HYUNDAI-Managers Chung Ju-yung verbrannt.

1.5. — 2400 Bullen stürmen den staatlichen Fernsehsender KBS; die Rundfunkangestellten streiken seit 19 Tagen für Pressefreiheit und gegen den neuen regimetreuen Direktor; in mehreren Städten finden Straßenschlachten statt; es gibt 333 Festnahmen.

2.5. — Die Beschäftigten des Senders MBC und des christlichen Senders treten nach der Verhaftung von elf GewerkschafterInnen in den Streik.

3.5. — Aus Protest gegen die Unterdrückung der ArbeiterInnenbewegung übergießt sich ein 28 jähriger Arbeiter mit Benzin und entzündet sich selbst. Er ist Beschäftigter des TONGIL, eines Zweigunternehmens der "Vereinigungskirche" (Mun-Sekte; int. organisierte faschistische Organisation mit Stammsitz in Südkorea).

6.5. — Brandanschlag auf die Zentrale der Regierungspartei.

7.5. — Ansprache von Roh Tae Woo zur "Einheit in der derzeitigen Krisensituation".

tion".

9.5. — Offizieller Gründungsparteitag der "Demokratisch Liberalen Partei" (DLP), die sich nach japanischem Vorbild formierte, die bürgerlichen Parteien vereinigt (DGP, DRP, NDRP) und über 75% aller Parlamentssitze verfügt (d.h. de facto Alleinherrschaft); Kim Yung-sam (Ex-DRP) wird DLP-Vorsitzender.

90000 Menschen äußern ihren Unmut auf den Straßen (in Seoul kämpfen 20000 StudentInnen gegen Polizeieinheiten), es gibt 2000 Verhaftungen und hunderte Verletzte. Das US-Kulturinstitut wird in Brand gesetzt (das steht in der Tradition vorangegangener Aktionen wie der Erstürmung der US-Botschaft oder dem Tod von 6 Bullen bei einem Einsatz auf dem Campus der DONGUI-Universität in Pusan).

10.5. — Bei KBS wird weiter gestreikt, der dreizehn tägige Hungerstreik der KranbesetzerInnen wird abgebrochen; offizielle Ankündigung verschärft gegen StudentInnen und ProfessorInnen vorzugehen.

Die Hauptforderungen der Widerstandsbewegung sind:

- Aufklärung und Bestrafung der Verbrechen der Chun Doo Hwan- Diktatur
- Abschaffung des "nationalen Sicherheitsgesetzes"

heitsgesetzes"

- Auflösung der Einheitspartei DLP
- Dezentralisierung der Macht zugunsten der Provinzen
- Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea

• Demokratie und Selbstbestimmung, Pressefreiheit

• Abzug der 40000 US-Soldaten samt ihrer Pershing II und der Marschflugkörper (die strategische Bedeutung Südkoreas für die USA zeigt sich in den seit 1976 jährlich abgehaltenen "team-spirit"-Manövern, die von der Dreier-Allianz Washington-Tokio-Südkorea durchgeführt werden. Im Vietnam-Krieg wurden für harte Devisen zwei- bis dreihunderttausend südkoreanische Soldaten eingesetzt).•

Literatur:

Luther, Hans U., Südkorea, in: Nohlen/Nuscheler, Handbuch der dritten Welt, Band 8, Ostasien und Ozeanien, 2.Auflage

Young Wan Kihl, South Korea in 1989, Asian Survey, Jan.1990

Denis M./Discherat E./Du Yul Song/Werning R., Südkorea — kein Land für friedliche Spiele, RoRoRo-Aktuell 1988

Kurzmeldungen

El Salvador:

Neue Teiloffensive der FMLN

(TATblatt Wien)

In der Nacht vom 1. auf den 2. Mai startete die FMLN eine begrenzte Offensive in der Hauptstadt und in 7 der 14 Provinzen von El Salvador. Am 3. Mai gab Commandante Jorge Melendez alias "Jonas" die Verluste der Armee mit 185 Mann an, während an diesem Tag gleichzeitig ein Armeekomunique den Abschluß zweier Heereshubschrauber durch Einheiten der FMLN in der Provinz San Miguel bekanntgab.

In der Hauptstadt San Salvador wurde neben diversen militärischen Einrichtungen auch die Polizeiakademie angegriffen, und im exklusiven Herrschaftsviertel Escalon versuchte ein Stadtkommando der Guerrilla ins Haus des rechtsradikalen Präsidenten Cristiani einzudringen, wobei dessen Leibwache drei Mann verlor, darunter einen Offizier.

Die Führung der FMLN begründete in einem Komunique die Offensive mit den ungestraften Menschenrechtsverletzungen durch die Armee in der letzten Zeit, etwa den kürzlich erfolgten Morden an einem Hochschullehrer und einem Arbeiterführer, dem Stillstand in den Ermittlungen gegen die Mörder der Jesuiten und den unterschiedslosen Bombardements der

Luftwaffe gegen die Zivilbevölkerung.

In San Salvador bestätigte unterdessen der pensionierte Oberst Sigifredo Ochoa, daß der Befehl zur Ermordung der Jesuiten direkt aus dem Armeekommando gekommen sei, eine Darstellung, der sich der Erzbischof von San Salvador, Gregorio Rosa Chavez, in einem Interview am 4. Mai anschloß.

Gleichzeitig fanden in Mexico Gespräche zwischen Vertretern von 8 der 9 salvadorianischen Oppositionsparteien und einigen der wichtigsten Führungsmitglieder der FMLN statt, um Gemeinsamkeiten in der Sichtweise im Hinblick auf den zukünftigen Friedensdialog mit der Regierung abzuklären.●

Guatemala:

Gemetzel und kein Ende

(TATblatt Wien)

Während der vier Regierungsjahre des "zivilen" Präsidenten Vinicio Cerezo (theoretisch Christdemokrat, praktisch eine Marionette in den Händen der Militärs), der sein Amt im Jänner 1986 antrat, ist die Menschenrechtssituation im Land weiterhin dramatisch geblieben, mit einem Saldo von 4028 aus politischen Gründen Ermordeten, 1033 Menschen, die entführt wurden und nicht wieder aufgetaucht sind,

und 600 Menschen, die bei Attentaten verletzt wurden, wie die Menschenrechtsorganisation Grupo de Apoyo Mutuo (Gruppe für gegenseitige Hilfe, GAM) bekanntgab.

Nineth de Garcia, die Vorsitzende von GAM, einer Organisation von Familienangehörigen von aus politischen Gründen "Verschwundenen", sagte, daß in dieser Zeit die Attentate gegen Einrichtungen von Organisationen auf der Seite des Volkes angehalten hätten, ohne daß die Behörden auch nur das Geringste zur Untersuchung dieser Vorfälle und der ständigen Klagen über das "Verschwindenlassen" von Menschen getan hätten.

Anschließend gab sie neue Zahlen über das Ausmaß der Repression unter den Militärregimes, die Cerezo vorangegangen waren, bekannt: 100.000 Ermordete, 40.000 "Verschwundene", eine Million Menschen, die innerhalb des Landes auf der Flucht sind, 200.000 Flüchtlinge im Ausland, 440 zerstörte Ortschaften und 200.000 Waisen — eine Bilanz, deren ganze Dramatik erst deutlich wird, wenn man sich vor Augen hält, daß Guatemala nur etwa 8 Millionen EinwohnerInnen hat.

Der guatemaltekeische Menschenrechtsprokurator, Ramiro de Leon, klagte seinerseits über die illegalen zwangsweisen Rekrutierungen, die derzeit von der Armee durchgeführt werden, und von denen vor allem die Jugendlichen der Armenviertel betroffen sind.●

Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des *MATHIAS N.*

Folge 15: Und ewig wacht der Ordnung Macht

»Wer hätte das gedacht?«
(aus dem österreichischen Beitrag zum
Eurovisions-Song-Contest 1990)

Die Observierungsbeamtin war eben erst ausgestiegen, wie sie ihr Kollege hinter dem Steuer des dreckigen weißen Autos schon wieder zurückruft. Widerspruchslos, ja irgendwie erfreut, kehrt sie um und steigt ein. Schließlich hat der Wolkenbruch, der bereits in Folge 14 über Wien hereingebrochen ist, erst unmerklich nachgelassen. — »Unser Zielperson und der andere san zur Straßenbahn-Station gangan. Der Hubert hat's im Aug! Wann mir inzwischen mit'n Auto a Station zruckfahrn, kannst du scho vor earna einsteigen. So fällt ned so auf. I setz' die also bei der Haltestelle ab, nimm dann den Hubert auf, und fahr mit earm der Straßenbahn a bisserl voraus. Du möd'st dann, wenn sie aussteigt, und der Hubert übernimmt dann draußen zu Fuß«, erklärt der Fahrer des Observationsfahrzeuges seiner Kollegin den Sachverhalt.

In der Straßenbahn nimmt die Beamtin einen Platz ein, von welchem sie ohne viel Aufsehens so ziemlich alle Türen des Zuges einsieht. Wie der Zug in die Haltestelle, an der Isabella und Konrad nichtsahnend im Glashüttel warten, einfährt, entdeckt die Beamtin die Zielperson — Isabella — auf den vierten Blick. Doch: Isabella steigt nicht ein. Auch Konrad nicht. Es scheint, als würde sie die eingefahrene Straßenbahn nicht einmal im geringsten interessieren. Sie stehen bloß da. Mal sagt Isabella was, mal Konrad. Dazwischen liegen lange Pausen. Ihre Gesichter wirken emotionslos. Bar jeglicher Möglichkeit, auf diese unerwartete Situation zu reagieren, starrt die Beamtin teilnahmslos auf ihre Fingernägel.

Der Zug fährt ab. Die Beamtin steht auf und begibt sich in Richtung Ausgangstür. Leise und unauffällig spricht sie in ihr verstecktes, mit einem Funkgerät verbundenes, Kleinstmikrofon. Sie ruft ihren Kollegen im Auto. Doch nur unverständliches Gekrächze, untermalen mit nicht minder nichtssagenden Wortfetzen dringen bis zu ihm vor. Die Beamtin »kommt nicht an«, wie das halt so heißt. Der Metallkasten der Straßenbahn ist es, der den Funkverkehr so beeinträchtigt.

Etwa eine halbe Minute später hält der Zug an der nächsten Station. Die Beamtin steigt aus, und kann nun endlich ungestört mit ihrem Kollegen Kontakt aufnehmen. »Sag wieviel Linien fahren denn da?« — »Eine, warum?« — »Naja, unser' Zielperson ist jedenfalls nicht eingestiegen!« —

»Scheiße!« — »Ja!« Die Beamtin bleibt bei der Station stehen. Kurz darauf meldet sich jener Beamte, der aus einem Haustor schräg vis á vis des Beislingangs den Fortgang Isabellas und Konrads beobachtet hatte, über Funk: »Habe mitgehört! Ich nehme an, die beiden haben nur deswegen dort bei der Station gewartet, weil dort ein Haltestellenhüttl ist, bei dem sie sich vor dem Regen unterstellen können hab'n. Wahrscheinlich wollens aber in de andere Richtung fahren. Begebe mich zur ihnen gegenüberliegenden Station. I sich schon an Zug kumman.« — »Is guat! Ah! Und Hilde! Gib dein Standort an, i hol' dich ab!«, antwortet der Beamte im Auto.

Es geschieht, wie vorausgeahnt: Isabella und Konrad laufen kurz vor Eintreffen der Straßenbahn auf die andere Straßenseite, um dort einzusteigen. Mit ihnen: der Observant. Die Beamtin wird kurz darauf mit dem weißen Auto abgeholt, mit welchem nun versucht wird, die Straßenbahn ein- und nach Möglichkeit zu überholen.

Der Observationstrupp gerät nun ein klein wenig in Personalnotstand. Ein Observant aus der vierköpfigen Gruppe kann nicht mehr eingesetzt werden, weil er Isabella während ihres zweistündigen Beisbesuches im Lokal sitzend beobachtet hatte, und ihr dabei aufgefallen sein könnte. Der Beamte, der nun mit ihr in der Straßenbahn fährt, fällt in der Folge aus dem gleichen Grund aus. Für eine erfolgreiche *kombinierte* Observation, die aufeinander abgestimmte Observationen zu Fuß, im Auto und im Inneren von Gebäuden oder öffentlichen Verkehrsmitteln umfaßt, wären aber eigentlich mindestens drei vierköpfige Observierungstrupps von Nöten. »Fachleute« sprechen hiebei von einer »KFZ-Fuß-Innenobservations-Glocke«.

Wie er es auch dreht und wendet, bleibt doch alles — wie immer es auch ist — wie es ist. Zum Glück ist er aber ganz tief in seiner Bettdecke vergraben, wo ihm die Welt nichts mehr anhaben kann. Und dort mag er auch bleiben, am besten für immer. Und ganz bestimmt hätte er sich dort auch nie mehr wegbewegt, wäre es ihm nicht schließlich ganz unbeschreiblich langweilig



IM NAMEN DER REPUBLIK WIRD WIE WILD
MIT DEM AUG DES GEFETZES HERUM-
GEVOREN. IN DER HEUTIGEN FOLGE
FÄLLT ES AUF ISABELLA Z.
BEI DER GELEGENHEIT:
TUT DOCH ENDLICH DIESEN DUMMEN
ADLER WEG VON HAMMER UND SICHEL
(UNTER BEITRAG ZUR STAATSWAIPEN-DUKATION)

geworden. Und wäre da nicht plötzlich dieses beklemmend leere Gefühl im Magen aufgetaucht. Obwohl er eigentlich, so prinzipiell oder justament, oder so, ohnehin nichts essen will, steht er auf und begibt sich in die Küche. Er öffnet erst das eine, dann das andere Kastel, schließt sie wieder, wirft einen Blick in den Eiskasten, und stellt schließlich resümierend fest, daß er nichts Eßbares mehr zu Hause hat, was ihm freilich nicht allzuviel ausmacht, weil er ja schließlich ohnehin nicht, und so,... Er geht also nur mal kurz in der Küche auf und ab, dann zurück in sein Zimmer, und dort, zwar nicht auf direktem Weg, aber doch, zum Fenster, bei welchem er schließlich hinausschaut, so wie er es gemeinhin sehr oft tut — insbesondere in letzter Zeit. Das leere Gefühl in der Magengegend stellt sich überraschend rasch wieder ein. Knurren tut es allerdings nicht. Noch nicht.

Mathias läßt seinen Blick durch die Straße schweifen, geradewegs an den Regentropfen vorbei, erst stadteinwärts, dann stadtauswärts. »Simmeringer Landbrot« liest er auf einem Kleinbus, der in der Nähe seines Fensters abgestellt ist. Zuerst verspürt er spontanen Gusto auf Simmeringer Landbrot — obgleich er sich über die Besonderheiten gerade Simmeringer Landbrot keine Vorstellungen machen kann.

und überhaupt: Was hat gerade Simmering mit Land zu tun? —, dann bekommt er Gusta auf Semmeln — zumindestens die schmecken in Simmering sicherlich genauso wie sonstwo —, und letztendlich auf Mohnstritzerln — bei denen kennt er schon ganz große Unterschiede, von Bäckerei zu Bäckerei. Schließlich hält er mit seinen Gedanken kurz inne und überlegt, wieso gerade hier ein Lieferwagen, gerade einer *Simmeringer* Landbrotfabrik stehen könnte. Ist doch Simmering von hier nicht gerade unerheblich weit entfernt. Irgendwie kommt ihm der Bus auch bekannt vor. »Der is doch die letzten Tage schon öfters da g'standen,... oder?«, fragt er sich. »Ja!«, gibt er sich selbst die, ohnehin erwartete, Antwort. »Eigentlich ein ideales Fahrzeug für Standobservationen«, überlegt Mathias weiter, ohne diese Idee vorderhand als realistische Möglichkeit weiter ernsthaft zu erwägen.

Gedankenverloren bleibt Mathias am Fenster stehen und schaut dem spärlichen Treiben auf der Straße zu. Jedesmal wenn sein Blick den Kleinbus streift, überlegt er zuerst, ob er nicht vielleicht doch noch einkaufen gehen sollte, ehe die Geschäfte zusperren, und dann, ob dieser Kleinbus nicht vielleicht doch etwa,... ein Observationsfahrzeug sein könnte? Je öfter er darüber nachdenkt, umso mehr steigt seine Unlust, einkaufen zu gehen, und der Verdacht, daß es mit diesem Kleinbus da unten, ganz bittere Bewandnis haben könnte.

Außer solchartigen Kleinbussen eignen sich auch Wohnwagen, Baustellenwagen und Bauzelte vorzüglich zur Standobservation. Sie bieten, neben der Standardausrüstung aller Observierungsfahrzeuge — Waffen, optische Geräte und so weiter — Platz für all jene Hilfsmittel, die längerfristige Überwachungen überaus erleichtern können — vom Kühlschrank bis zur Trockentoilette — und solchen technischen Einrichtung, welche die Effizienz der Observation ganz entschieden zu erhöhen vermögen — Richtfunkanlagen, Richtmikrofone, Empfangsgeräte für etwaige, in den überwachten Räumlichkeiten versteckte, »Wanzen«, und so weiter und so fort.

Die Standobservation bietet den BeamtInnen die größtmögliche Sicherheit vor Enttarnung, da sie ihre Position nie verlassen müssen. Die Fahrzeuge sind stets gut — zumeist als Firmenfahrzeuge — getarnt. Die dazugehörigen BeamtInnen tragen das dazupassende Gewand, wenn's sein muß, auch staubige Arbeitskleidung.

Standobservationen können aber auch von Wohnungen aus gemacht werden. Zur langfristigen Überwachung, etwa von linken »Szenebeisln«, werden mitunter »konspirative Wohnungen« angemietet. Den MitbewohnerInnen werden zur Tarnung undurchschaubare Familienverhältnisse vorgespielt, oder das Büroleben einer Scheinfirma.

In Situationen, wenn etwa brave StaatsbürgerInnen auf mysteriöses Treiben in einer linken Wohngemeinschaft aufmerksam werden und diese zur Anzeige

bringen, die Behörden quasi auf auf deren Hinweis hin in Tätigkeit geraten, ist aber auch damit zu rechnen, daß sich jene ganz »normalen« BürgerInnen überaus bereitwillig dazu bereit erklären, Observationen von ihren Räumlichkeiten aus zu erlauben. Und letztendlich darf auch nicht vergessen werden, daß selbst die dienstestrigsten, loyalsten, strebsamsten und verschwiegendsten PolizeibeamtInnen über Privatwohnungen in der ganzen Stadt verfügen.

Mathias schreibt sich auf alle Fälle die Autonummer dieses Brotwagens auf. Wozu, weiß er allerdings noch nicht. Wenn sie, damit meint er die konspirative Gruppe, der er angehört, sich das nächste Mal treffen, will er das Thema Observation auf alle Fälle zur Sprache bringen, nimmt er sich vor. Denn die einzige Möglichkeit, sich vor Observation weitgehend zu schützen, ist, über sie Bescheid zu wissen. Und das kann nur durch gezielte Gegenobservation erreicht werden. Auf keinen Fall sollten sie sich halt in nächster Zeit bei ihm hier treffen, denkt er sich, wie die Verdachtslage so liegt. Aber in der letzten Zeit haben sie sich ohnehin am liebsten bei der Isabella getroffen. Müssen sie ihre Besprechungen halt in Zukunft immer dort machen. Denn bei der Isabella, überlegt Mathias, dort besteht doch wohl ganz bestimmt kaum eine Gefahr nicht.

Mathias überlegt noch mal so herum, dann zieht er sich an, und macht sich auf den Weg, nun doch noch Lebensmittel zu besorgen. Bloß: »Wenn mi die wirklich observieren, is es dann wohl so g'scheid, zum Biller(1) zu gehen und einzufladern? Wenn di ma wegen irgendwas nachgegangen und mi dann justament beim Fladern dawischen?« Mit den möglichen Konsequenzen des staatlichen Eingriffs in den freien Markt konfrontiert, entschließt sich Mathias sicherheitshalber, zumindestens heute, im wahrsten Sinne des Wortes einkaufen zu gehen. So richtig mit bezahlen und so. Beinahe weiß er gar nicht mehr, wie das eigentlich geht. Die Geldgeschäfte beim Biller(2) haben sich in letzter Zeit auf die Entgegennahme des Pfandgeldes für zurückgebrachte Flaschen beschränkt. Wenn er jetzt aber wirklich so richtig einkaufen und für die besorgten Waren ordnungsgemäß bezahlen wird, so wird er ganz bestimmt nicht zum Billa(3) gehen, sondern zum Greißler, oder zur Greißlerin, versteht sich.

»Zielperson biegt nun in R-Gasse ein. Geht vermutlich in Haus. Müßte jetzt bald in dein Blickfeld kommen!« Die Observationsbeamtin verfolgt Isabella, die sich schon in der Straßenbahn von Konrad, der weitergefahren ist, getrennt hat, nun nicht mehr weiter. Es hat den Anschein, als würde sie ohnehin wieder nach Hause zurückkehren. Das Observationsfahrzeug ist

Fußnoten:

(1)Name von der Redaktion geändert.

(2)Name abermals von der Redaktion geändert.

(3)Name zur Abwechslung nicht von der Redaktion geändert.

inzwischen zum Haustor — oder vielmehr in dessen Nähe — vorausgefahren. »I sich nix!«, antwortet der Beamte. »Sie müßat aber glei kommen!« — »Hab's scho! Ja! Da is! I sich's schon. Sie bleibt vor Haus stehen, und, und, ja! Sie geht hinein. Jetzt is drinnen. Jetzt kömma uns ausruhen.« Das Auto sucht noch nach einer geeigneten Parkgelegenheit und nimmt diese sodenn auch umgehend wahr. Dann wird es ruhig, in der Gasse.

Während sich Mathias beim Greißler befindet, besteigen zwei Männer, mitte dreißig, bekleidet mit Jeans und Sweatshirts, einer trägt über dem Leiberl noch eine dunkelbraune Stoffjacke, den Kleinbus der Landbrotfabrik. — »Viertausend, des is ja wirklich g'schenkt. Und du glaubst, daß'd earm no hinkriegst, fürs Pickerl?« — »Locker! Der is ja guat beinand! Da is ned viel zu tun.« Der Beifahrer bietet dem Lenker einen Kaugummi an. Dieser lehnt aber ab. Er versucht vielmehr ebenso verbissen wie -geblich, das Auto anzustarten. Der Beifahrer, der sich selbst einen Kaugummi — mit natürlich frischem Atem — in den Mund schiebt, setzt kurz an, eine kleine Bemerkung fallen zu lassen, unterdrückt diese dann aber doch und kaut lieber weiter still vor sich hin. Er blickt dem Anderen nur stumm bei dessen Startversuchen zu. Nachdem er dabei aber schließlich einen einigermaßen strafenden Gegenblick erntet, läßt er auch das stumme Beobachten bleiben und starrt fortan auf ein rotes Staubflankerl, welches sich vor ihm, über dem Handschuhfach, befindet. Unzählige Startversuche später gibt der verhinderte Lenker auf.

Wie der Zufall so spielt, steigt die Straße justament in der einzigen erlaubten Fahrtrichtung leicht an, was das Anschleichen des Busses nicht gerade erleichtert. Erst nach dreihundert Metern beginnt der Motor selbsttätig zu laufen.

Wie der Zufall so weiterspielt, begegnet Mathias am Rückweg vom Zuckerlgeschäft, welches er nach dem Greißler noch aufgesucht hatte, justament beim Überqueren der Straße, dem inzwischen laut tuckernden Kleinbus. »Oh Scheiß!«, denkt er sich, ob der überraschenden Begegnung überrascht. Jetzt ist für ihn alles klar. Er schaut dem Bus kurz nach, und begibt sich sodenn Hals über Kopf zur nächsten Telefonzelle.

Will Mathias nun telefonieren? Und mit wem oder welcher eigentlich? Und was wird er sagen? Was wird ihm geantwortet werden? Und wie wird das alles weitergehen? Ist jetzt endlich mal Schluß? Landen sie doch bitte nicht vielleicht gar alle hinter Schloß und Riegel? Oder hinter Gittern gar? Und was hat Mathias bei der Zuckerlant' besorgt? Und das Wetter: wann wird das endlich wieder besser? Schließlich kann es ja auch nicht ewig regnen — oder doch? Dies und jenes erfahren wir sicherlich auch noch einmal. Denn die nächste Folge folgt bestimmt!

●Fortsetzung folgt

Revolutionäre Politik und der ÖGB - Mindestlohn

Im TATblatt minus 70 erschien ein Beitrag zum Mindestlohn.

Einerseits ist der Artikel informativ und andererseits ist positiv zu vermerken, daß damit ein kleiner Schritt getan wird, sich mit der ArbeiterInnenbewegung auseinanderzusetzen und das selbstgenügsame Ghetto zu verlassen, in dem sich gerade Autonome oft wohlfühlen scheinen.

Der Artikel bleibt aber leider bei der Beschreibung von Mindestlöhnen im internationalen Vergleich und der Unterstützung der ÖGB-Forderung stehen, macht sich über die Herangehensweise von RevolutionärInnen keine weiteren Gedanken, und überläßt damit letztlich der ÖGB-Führung den Kampf für die Forderung.

Der ÖGB stellt die Forderung nach 10.000 öS Mindestlohn erst neuerdings auf, nachdem er sie vor einiger Zeit als Forderung des ÖGB-Vorarlberg noch abgelehnt hatte. Die Forderung ist natürlich völlig unzureichend, gefordert werden nämlich nur 10.000 öS brutto, was netto gar nicht mehr so toll aussieht.

Trotzdem müssen RevolutionärInnen die Forderung unterstützen. Sie bedeutet in Österreich, dem westeuropäischen Land mit den größten Lohnunterschieden innerhalb der Lohnabhängigen, eine Lohnerhöhung für ca. 400.000 ArbeiterInnen, vor allem für Frauen. Außerdem bietet sich für RevolutionärInnen die Möglichkeit, an einer realen Forderung anzusetzen, und nicht nur mit Fantasiezahlen zu jonglieren.

Warum kommen die Gewerkschaftsbürokraten gerade jetzt mit ihrer Forderung daher? - Viele Frauen und Jugendliche stehen dem ÖGB apathisch gegenüber, weil sie nicht sehen was der ÖGB für sie bringen soll. Der ÖGB hat in Folge Probleme, diese

Teile der ArbeiterInnenklasse zu organisieren. Die Macht der Gewerkschaftsbürokratie, die Anerkennung durch die "Sozialpartner", stützt sich aber auf ihren Einfluß auf die ArbeiterInnenklasse. Die Forderung nach Mindestlohn ist als Versuch zu werten, den mangelnden Einfluß auf weibliche und jugendliche ArbeiterInnen zu vergrößern.

Da sich die Gewerkschaftsbürokratie aber nicht wirklich mit den Kapitalisten anlegen will, ist damit zu rechnen, daß der Mindestlohn mit dem Verzicht auf größeren prozentuellen Lohnzuwachs in anderen Branchen erkaufte werden soll, und es diesbezüglich noch stärkere Zurückhaltung als gewohnt geben wird. Damit würde die Solidarität der anderen Teile der ArbeiterInnenklasse untergraben, und die ArbeiterInnenklasse gezielt gespalten. Um das Ziel zu erkämpfen und nicht zu erkaufen müßte der ÖGB die ArbeiterInnen mobilisieren. Das beinhaltet aber für die Bürokraten die Gefahr, daß sich eine Selbsttätigkeit der ArbeiterInnen entwickelt, und daß die Bürokraten die Kontrolle verlieren.

Die Herangehensweise von RevolutionärInnen und klassenkämpferischen ArbeiterInnen drängt sich somit direkt auf:

— **Unterstützung der Forderung** (aber mit Hinweis auf die Unzulänglichkeit)

— **kein Lohnverzicht in anderen Branchen**

— **Mobilisierung der ArbeiterInnen** (statt Appellen und sozialpartnerschaftlichem Verhandlungsgemauschel hinter verschlossenen Türen).

N.P. (rebell/Revolutionär Kommunistische Jugend) ●

Grundlegend falscher Computersatz im LeserInnenbrief zu Karam Khella

Infolge eines technischen Gebrechens wurde der LeserInnenbrief des X.M. (Sympathisant der MLPÖ) in der letzten Nummer mitten drinnen um einen nicht unbeträchtlichen Teil gekürzt. Wir bringen die fehlenden Passagen mit dem Ausdruck des Bedauerns nun nach. Der Fehler lag nicht in unserem Bereich

1) Nochmals zur Frage, ob jüdisch immer und unter allen Umständen nur "Ausdruck für eine Religion" sei.

Der springende Punkt bei der Diskussion über die Judenfrage in Rußland damals wird nicht verstanden: die Unterscheidung zwischen *Nation* und *Nationalität*. Lenins Kritik an der (zionistischen) "Idee" einer eben nicht existierenden jüdischen Nation ist eine Sache. Die nachgewiesene Tatsache, daß Lenin, daß wirkliche Revolutionäre und Kommunisten dennoch innerhalb der Sowjetunion immer von der Existenz einer jüdischen *Nationalität* ausgegangen sind, ist eine andere Sache. Warum ist es so schwer, diese nachgewiesene Tatsache anzuerkennen, darüber zu diskutieren, und was soll es bringen, stattdessen Verwirrspiele mit unverständlichen Zitaten zu betreiben? Lenin hat jüdischen Nationalismus abgelehnt, nicht aber die Tatsache, daß die Juden in Rußland Merkmale einer eigenen Nationalität hatten. Die Schaffung eines eigenständigen Gebietes, Birobidjan, oder die Existenz einer jüdischen Sektion der KPR(B) wird einfach nicht zur Kenntnis genommen. In der Sache kapituliert die autonome Palästina-Gruppe faktisch und erweist sich als völlig hilflos den genannten Tatsachen und Fakten gegenüber.⁶

6 In dem Beschluß des 10. Parteitag der KPR(B) vom März 1921 heißt es eindeutig und den Tatsachen entsprechend, und kann das wohl selbst von Roland K. kaum "weginterpretiert" werden:

"Außer den genannten Nationen und Völkern, die eine bestimmte Klassenstruktur aufweisen und ein bestimmtes Territorium bewohnen, gibt es in der RSFSR noch einzelne lose nationale Gruppen, nationale Minderheiten, die in kompakte Mehrheiten anderer Nationen eingesprenkelt sind und in den meisten Fällen kein bestimmtes Territorium besitzen (Letten, Esten, Polen Juden u.a.)." (Zitiert nach Sammelband: Stalin: Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage, Köln 1976, S.379).

Anzumerken ist, daß Lettland und Estland damals nicht zur UdSSR gehörten, hier also nicht von der sehr wohl existierenden lettischen und estischen Nation die Rede ist, sondern von Angehörigen dieser Nationalitäten auf dem damaligen sowjetischen Territorium. ●

Eyh!

(in weiterer Folge: Ehy)

Ehy Mann — dieser Witzmann mit seiner Lyrik (und Prosa) geht mir auf die Nerven.

Solch pupertären Scheiß soll er lieber in sein Tagebuch schreiben. Falls er noch keins hat, muß er sich eins machen, am besten mit Bildern. Vorher Bulle. Nachher Dichter oder so.....

Jetzt kann er sich sogar seine Haare wachsen lassen, zur Woodstockplatte singen, usw.

Die elende Gewaltdiskussion steht mir bei den Ohren raus — soll er doch weiterhin so gewaltfrei bleiben wie er als Bulle war und andere Leute in Ruhe lassen. Nicht einmal die Kirche vertritt Gewaltfreiheit, dafür die Ex-Bullen — halt — vielleicht tu ich ihm unrecht und Franz W. ist eine Reinkarnation von Jesus. JüngerInnen hätte er/gäbs genug.

Schlagt die Faschisten wo ihr (wir) sie trefft.

Tschau ●
???

Es folgt: die TATblatt-Lyrik-Seite

Also echt, ehy; also das kommt echt cool 'rüber, was du da so abgecheckt hast. Also der Typ versucht sich echt bei uns einzuschleimen, ehy. Also ich persönlich hab lange Haare und dieses ewiggestrige Woodstock-geseiere ohnehin völlig satt. Solche Wixer gehören ins Altersheim zu den anderen Grünen und solchen Scheiß, hab echt null Nerv für so was. Oder sie solln sich ins Knie ficken, oder echt! Oder was?

Also, da kann ich mich echt wiederfinden in deinem coolen Brief; ehy, Mann, ehy.....

Jeztn zieh ich mir noch mal Jingo de Lunch rein, die wissen wenigstens was lang geht, bevor ich da weiterrüpe. Also der Typ, der packts echt nicht. Bulle bleibt Bulle. Ist doch klar...is er ja schon als auf die Welt gekommen....

Vielen Dank für deinen richtungsweisen Brief! ●

Betrifft: TATblatt

Alle zwei Wochen das Gleiche: Es staut sich! Jede TATblatt-Ausgabe für sich könnte gut und gern 32 Seiten haben. Und 36 Seiten wären auch in Reichweite. Folge: Alle zwei Wochen wandern 8-12 potentielle TATblattseiten in den Zeitungshimmel. Nur wenige dieser Beiträge haben das Glück, in den Warteraum der nächsten Ausgabe geschickt zu werden.

• Lösung 1: Dicker werden; bei uns aber ist Schmalhans Küchenchef! Alle prä-revolutionäre Epochen vielleicht einmal eine Ausgabe mit 28 Seiten, mehr ist nicht drin, denn zehn Öschis sind ein guter Preis. Eine Münze; nicht einmal ein halbes Bier; für alle verschmerzbar. Die Information darf nicht kosten, das ist wichtig.

Von den zehn Öschis bekommen aber fünf die WiederverkäuferInnen, denn die sollen auch was davon haben (24 Seiten kosten uns so alles in allem vier einhalb Öschis). Und dann ist es auch noch so, daß die Produktionszeiten mit dem Seitenumfang exponential ansteigen. Also dicker werden ist nicht drin!

• Lösung 2: Öfter rauskommen. Wie schon weiter oben beschrieben, ist der Spielraum zwischen Gestehungskosten

und Verkaufspreis denkbarst gering. Ein Umstellen auf wöchentliche Erscheinungsweise würde eine gewisse Sicherheit, nicht nach einem halben Jahr finanziell und kräftemäßig am Ende zu sein, voraussetzen: Eine stabile Zahl an Abos (auf jeden Fall noch mehr, als wir zur Zeit haben), mehr Menschen, die mit der Infrastruktur umzugehen verstehen und auch bereit sind, Energie (nicht nur Arbeit) ins Projekt zu investieren.

Das alles nur so zur Erklärung.

Natürlich haben wir auch wirkliche Probleme: Ein Redaktionsmitglied steckt in einer tiefen persönlichen Krise, seit es erfahren hat, daß Mac Donalds in Zukunft die Vienna sponsern wird. Außerdem sucht ebenselbiges seit gestern (v)erbittert nach der gelben Tip-Kick-Spielfigur, die von böser Hand aus dem Büro, oder zumindestens vom Tip-Kick-Spielfeld zwischen Verwaltungsschreibtisch und Plenartisch genommen wurde. Ebenso sucht ebenjenes Redaktionsmitglied wohl auch nach dem Satz, den er eigentlich an dieser Stelle in dieses Betrifft geschrieben hatte, den ich

aber, sobald ich diesen Satz da fertig habe, hinausstreichen werde.

Übrigens: Unaufhaltsam nahen die Tage der mahnenden Erinnerung an die entbehrungsreichen Tage, zu denen es noch kein TATblatt gegeben hat. Die bisher längste Erscheinungspause seit Anbeginn des revolutionären Kleinformats stehen erbarmungslos ins Haus. Juli und August sind Sommerferien. Als letzter Gruß erscheint am 3. Juli eine Sommer-Doppelnummer, aber dann ist Sense. Bis September. Denn im September geht's dann wieder los wie noch nie. Mit Power, die ihre gleichen sucht. Und so.

Vorderhand sind wir aber mal ziemlich müde (ich zumindestens). Trotzdem: Das nächste TATblatt kommt wie gewohnt in 14 Tagen. Erscheinungstermin ist der 5. Juni. Zusammengelegt und versendet wird am 4. Juni ab 14 Uhr (bitte mithelfen! Aber sicherheitshalber vorher anrufen, daß auch nichts dazwischen gekommen ist). Der Redaktionsschluß ist am 29. Mai.

Liebe & Kraft

2 vom TATblatt-Kollektiv •

Termine

Gut:

22. Mai

20 Uhr Afro-Asiatisches Institut (9, Türkenstraße 3)

Frauen- und Gewerkschaftsarbeit in Südafrika

Vortrag und Diskussion mit Nomazizi Ramaphosa aus Johannesburg

22. Mai

Mietrechtsdiskussion des Mieterschutzverbandes im Club International (16, Payergasse 14) um 19 Uhr

23. Mai

19 Uhr

Bundesheer — wie lange noch?

20 Jahre nach dem Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres diskutieren Wilfried Daim, Günther Nennung, Gerhard Oberschlick, Peter Steyrer unter Moderation von Walter Kissling im Republikanischen Club; 1, Rockgasse 1

26. Mai

Tanzveranstaltung für Totalverweigerung 20 Uhr B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

28. Mai bis 2. Juni 1990

jeweils Montag bis Donnerstags 8 bis 18 Uhr
Freitags 8 bis 15 Uhr

Bilderausstellung aus den Entwicklungsländern an der Universität für Bodenkultur Wien 19, Peter Jordan Str 76 (Autobuslinie 10A und 40A; Haltestelle Dänenstraße)

30. Mai

19 Uhr BOKU; 19, Georg Mendel Str; Großer Hörsaal

Dia-Vortrag:

Tansania, China (aus eigenen Erlebnissen zB **Brandrodung, Überweidung, Verarmung**) mit Dipl.Ing Breiling und Dipl.Ing Schaffer

Im Sommer: 7. bis

14. Juli:

Sommerakademie des Friedensforschungsinstitutes auf der Burg Schlaining

Thema: **"Zur Zukunft der (Freiheit von den) Armeen"**

nähere Infos: Öst. Inst. f. Friedensforschung und Friedenserziehung; 7461 Stadtschlaining; Tel (03355)2626

Böse:

31. Mai:

19 Uhr:

»Brücken in die Zukunft — Ökologie und Soziale Innovation, Anstöße für eine produktive Nutzung der EXPO 95«

Diskussion mit Dr J Hochgerner; Modera-

tion Silvio Lehmann
Republikanischer Club
Wien 1, Rockgasse 1

Einsichtnahme in neues Wiener Prostitutionsgesetz bis 8. Juni 1990 Mo-Fr, 8-15 Uhr und Do 8-17.30 Uhr in den magistratischen Bezirksämtern

»...und Jakob gab dem König das Ergebnis der Volkszählung bekannt: Israel zählte achthunderttausend Krieger, die mit dem Schwert kämpfen konnten, und Juda fünfhunderttausend. Dann aber schlug David das Gewissen, weil er das Volk gezählt hatte, und er sagte zum Herrn: Ich habe schwer gesündigt, weil ich das getan habe...«

(2. Samuel 24, 9—10)

Reader statt VOLKSZÄHLUNG



95 Seiten voller Grundsätzlichem, Geschichtlichem, Gesetzlichem, Überlegenswertem, Verwerfenswertem. Anstiftung zum Ungehorsam um S 70,— Zum Bestellen beim TATblatt; 1060 Wien, Gumpendorfer Straße 157/11.

herausgegeben von der Initiative Informatik-Betroffener (IIB) in Zusammenarbeit mit der HochschülerInnenschaft an der TU-Wien und dem TATblatt

Das TATblatt erscheint alle 14 Tage. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklung befindliches Projekt erachten, sind die Ausgaben von minus 101 ausgehend in Richtung Nullnummer nummeriert. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den offenen TATblatt-Plena getroffen. Nicht alle Artikel müssen vollinhaltlich der Meinung des Kollektivs entsprechen, Kritik und Mitarbeit ist jederzeit willkommen.

TATblatt-Wien:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543

Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr
Lustiges Zusammenlegen des druckfrischen TATblatts, mit Adreßpöckerkleben und Packerl-machen: jeden zweiten Montag, und zwar einen Tag vor Erscheinen, ab etwa 14 Uhr. Ab diesen Zeitpunkt ist das TATblatt auch für HandverkäuferInnen abholbereit. Für den Fall von Druckverzögerungen (kommt auch vor): vielleicht vorher anrufen (ab 12 Uhr zirka!)

TATblatt-Graz:

8010, Kastelfeldg 34/16

TATblatt-Linz:

Treffen: jeden Mittwoch um 20 Uhr im Medienzentrum; 4020, Schubertstr 35 / Keller.

TATblatt-Innsbruck:

Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Das TATblatt im Abo

Preise: Abo für 10 Ausgaben: S 96.-; Abo für 20 Ausgaben: S 190.- (innerhalb Österreichs)

Bei Förderabos kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96.- bzw S 190.-)

Ein »Auslandsabo« kostet S 150.- für zehn Ausgaben.

Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

Mitgliedschaft in der U.I.I.

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1.- pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.- Diese dreißig Schilling nach Belieben vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt.



Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt;
1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543

Bankverbindung/Konto:

P.S.K 7547 212;

DVR Nr: 0558371

Druck: Eigendruck

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangergasse 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstr 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R. A. Keream (1, Kärntnerpassage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stieggasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 15)
- Reisebuchladen (9, Koling. 6)

Einzelverkaufsstellen

- Schiebl (10, Laxenburgerstr 48)

diverse Läden:

- WhyNot (6, O.-Bauer-Gasse 16)
- Naturmkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Str 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozzi 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18; Kutschkergasse 29)

Beisln:

- Rotstülchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- FLEX (12, Arndtstraße 51)
- Club International (16, Payerg 14)

- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

außerdem:

- ARGE für Wehrdienstverweigerung (1, Schotteng 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen - Interessensgemeinschaft (10, Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)

Graz:

- Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorf)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)

Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstr 20)
- Buchhandlung Alex (Hauptplatz)

Innsbruck:

- Am Haven (Innrain 157)
- Buchhandl Parnaß (Speckbacherstr 21)

anderswo:

- Schwertberg: Kulturverein Kanal (Josefstal 21)

Änderungen vorbehalten!